

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Ami Dönsch 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalettschluss, wenn nichts anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 6. Februar 1931

Trommelfeuer gegen rechts.

Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

SPD. Entgegen den ursprünglichen Absichten des Reichstags ist am Freitag die allgemeine politische Debatte nicht zu Ende geführt worden. Ihr Abbruch wurde erzwungen, weil Nationalsozialisten und Deutschnationale sich die Abwesenheit der Kommunisten zu Nutzen machten und den Antrag auf Abbruch der Beratungen stellten. Vor der Abstimmung darüber verliessen sie den Sitzungssaal und führten so die Beschlussunfähigkeit herbei. Da ohnedies die Abstimmung über das Misstrauensvotum gegen die Reichsregierung und über den Antrag auf Auflösung des Reichstags erst für Sonnabend in Aussicht genommen war, ist der vorzeitige Abbruch der Debatte sachlich absolut bedeutungslos.

Dieses Verhalten von Nationalsozialisten und Deutschnationalen hat jedoch Wirkungen gezeitigt, mit denen die Saboteure des Parlamentarismus nicht gerechnet hatten. Allerdings war ihnen die Absicht der Mehrheitsparteien, die Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung, des Pressegesetzes und über die Immunität am Sonnabend auf die Tagesordnung zu setzen, durchaus bekannt. Sie hatten schärfste Opposition dagegen angekündigt und man war auf heftige Ausbrüche am Schlusse der Sitzung durchaus gefasst. Um diese Möglichkeit zum Radau aber haben sich die Oppositionsparteien durch ihre Kenntnislosigkeit selbst gebracht. Sie wussten nicht, dass im Falle der Beschlussunfähigkeit des Hauses der Präsident die Tagesordnung selbständig festsetzt. Sie machten infolgedessen lange Gesichter als sie, halb in, halb ausserhalb des Saales, hörten, dass nun durch ihr tapsiges Verhalten die Erledigung der von ihnen bekämpften Absichten auf Herstellung einer besseren Arbeitsfähigkeit des Reichstages wider Willen gefördert worden ist.

Kurz vorher wurde den Nazis aber noch eine weit grössere und wirksamere Niederlage bereitet. Schon der Redner des Zentrums, der Abg. Joos, hatte in seiner ruhigen und überlegenen Art eine vernichtende Abrechnung an Nazi-Göbbels gehalten. Andere Redner, wie Herr Dr. Dingeldey von der Deutschen Volkspartei und sehr wirksam auch der Abg. Pflieger von der Bayerischen Volkspartei hatten diese Abrechnung fortgesetzt. Allen diesen Reden kommt politische eine grosse Bedeutung zu, weil sie erkennen lassen, dass die Kluft zwischen den bürgerlichen Mittelparteien und den Nationalsozialisten sich dauernd weiter vertieft und die energische Abwehraktion der Sozialdemokratie, des Reichsbanners und der freien Gewerkschaften draussenim Lande eine Wirkung erzielt hat, der sich auch die bürgerlichen Parteien nicht ganz entziehen können.

Den rhetorischen Höhepunkt des Tages bildete jedoch die temperamentvolle Angriffsrede des jungen sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Mierendorff. Göbbels und Mierendorff, zwei Männer im gleichen Alter, zwei Vertreter der Jugend und trotzdem Vertreter von zwei Welten. Göbbels: Heimkrieger, aber jetzt Verherrlicher des Krieges und des alten Obrigkeitssystems, der wüteste Schreier gegen den neuen Staat. Mierendorff, aktiver Frontsoldat, der jahrelang

im vordersten Schützengraben stand. Als das Blutbad beendet war, stand er als Soldat an der neuen Front, der die unsäglich schwere Aufgabe zufiel, aus dem Bankrott des Krieges, aus dem verarmten, entrechteten und gedemütigten deutschen Volk einen neuen Staat, eine neue Nation aufzurichten.

Als gegen 19 $\frac{1}{2}$ Uhr abends die Diskussion abgebrochen wurde, herrschte im ganzen Reichstag der Eindruck vor, dass den Massen im Lande nach derartigen Abrechnungen mit den Nazis, wie sie der Freitag brachte, bald die Augen aufgehen werden. So wächst mehr und mehr das Gefühl, dass die Nazi-Flut bald zum Stillstand gebracht sein wird.

SPD. London, 6. Februar (Eig. Drahtb.)

Der bisherige Arbeiterabgeordnete Mardy Jones und seine Ehefrau wurden am Freitag wegen Betrug zu 40 Schilling Strafe verurteilt. Der "Fall Jones" begegnet hier allgemeinem Bedauern.

Da Jones am 19. Dezember infolge wichtiger Abstimmungen das Parlament nicht verlassen konnte, hatte er seine Ehefrau gebeten, ihm einige Akten nach London zu bringen. Zu diesem Zweck liess Jones sich eine Eisenbahnfahrkarte ausstellen, die er seiner Frau zusandte und die diese Karte widerrechtlich benutzte. Die Eisenbahngesellschaft erstattete Strafanzeige, woraufhin die Eheleute Jones am Freitag verurteilt wurden. Jones hat ausserdem auf Drängen der Arbeiterpartei vor einigen Tagen sein Mandat niederlegen müssen. Der wegen seines Vergehens derart hart bestrafte Jones ist der Sohn eines bei einem Grubenunglück getöteten Bergarbeiters. Nach dem Tode des Vaters ging er im Alter von 12 Jahren in die Grube, um Mutter und Geschwister zu ernähren. Es gelang Jones, sich im Laufe der Jahre zu einem führenden Gewerkschaftler und zu dem ersten englischen Sachverständigen des Kohlenbergbaus heraufzuarbeiten. Nur diese aussergewöhnliche Laufbahn bestimmte den Richter zu der für englische Verhältnisse milden Bestrafung des Vergehens.

SPD. Bombay, 6. Februar (Eig. Drahtb.)

Sapru und die 25 anderen Teilnehmer an der Indienkonferenz sind am Freitag in Bombay angekommen. Sie haben sofort eine Erklärung veröffentlicht, in der es heisst, dass in England die Stimmung gegenüber Indien vollkommen umgeschlagen sei. Es könne kein Zweifel mehr an dem Verständigungswillen der Arbeiterpartei gehegt werden.

Am Tage der Landung der Delegierten starb der neben Gandhi bekannteste Allinder Motilal Nehru im Alter von 70 Jahren. Sein John J. Nehru, Präsident des allindischen Kongresses, ist einer der mit Gandhi amnestierten Führer. Der Verstorbene zählte zu den Gründern der allindischen Bewegung. Er war kurz nach der Verhaftung Gandhis ebenfalls festgesetzt und zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden, musste jedoch wegen Krankheit bald wieder freigelassen werden. Indien trauert um einen grossen Führer. In allen Städten wehen Trauerfahnen. Der indische Vizekönig hat an die Hinterbliebenen ein in herzlichen Worten gehaltenes Beileidstelegramm gesandt.

SPD. Tokio, 6. Februar (Eig. Drahtb.)

In das japanische Parlament drang am Freitag ein Amokläufer mit gezücktem Dolch ein. Er verwundete 12 Personen, darunter zwei Abgeordnete.

SPD. Paris, 6. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Rede des Reichskanzlers Brüning in der Donnerstagsitzung des Reichstags ist in Paris mit sichtlicher Erleichterung und Befriedigung aufgenommen worden. Alle Pariser Blätter betonen in ihren Kommentaren, dass Brüning in seiner Rede, um mit den Worten des "Intransigeant" zu sprechen, "den Weg zur demokratischen Idee zurückgefunden hat".

Auch der "Temps" sieht in Brünings Ausführungen in erster Linie eine "Bestätigung für die Wandlung der deutschen Politik", die sich endlich von der Hitler-Demagogie abkehrt. Das Blatt zollt dem Reichskanzler das Lob, dass er angesichts der schwankenden Haltung der bürgerlichen Parteien am Donnerstag einen "bemerkenswerten Mut" an den Tag habe legen müssen. Der "Paris Midi" sieht den Hauptwert der Kanzlerrede in der Versicherung, dass Brüning nicht an eine Diktatur denke und sich ehrlich zur Demokratie bekenne. Nur so könne es gelingen, schliesst das Blatt, das wiedererwachende Vertrauen, das die Völker und die internationale Finanz Deutschland entgegenzubringen bereit seien, zu heben und zu stärken. Die Sozialdemokratie aber könne für sich das Lob in Anspruch nehmen, dass sie allein von Anfang an gegenüber der Hochflut der Hitlerdemagogie nicht den Kopf verloren habe. Ihre entschiedene Haltung habe es ermöglicht, dass sich auch die bürgerlichen Parteien von dem panischen Schrecken des 14. September einigermaßen erholt hätten.

SPD. In der nationalsozialistischen Presse und in Flugblättern der Nazis wird behauptet, dass der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Hertz "für seine Tätigkeit in Schlichtungsangelegenheiten in wenigen Stunden nahezu 11 000 Mark gehamstert" habe. Diese Behauptung ist völlig aus den Fingern gezogen. Dr. Hertz ist niemals an einer Schlichtungsverhandlung beteiligt gewesen und konnte deshalb niemals auch nur einen einzigen Pfennig für eine derartige Tätigkeit erhalten.

SPD. New York, 6. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Leiterin des Arbeitsamtes des Staates New York, Miss Perkins, beziffert die Gesamtzahl der amerikanischen Arbeitslosen auf mindestens 7 Millionen und bezeichnet die letzte bundesamtliche Arbeitslosenstatistik, die von 5 Millionen spricht, als gefärbt. Die Berechnungen der Beamtin, die sich auf Statistiken nationaler Lebensversicherungsgesellschaften stützen, erscheinen angesichts der neuen alarmierenden Krisengerüchte aus einzelnen Landesteilen ebenfalls noch als zu niedrig gegriffen.

SPD. Endlich antwortet die nationalsozialistische Presse auf die Vorwürfe gegen ihren Abgeordneten Sprenger wegen Diätenhamsterei. Die Tatsache, dass dieser Herr an einem Tage 107,50 Mark, in 5 Tagen 362,50 Mark Diäten bezogen hat, wird unumwunden zugegeben. Bestritten wir allerdings, dass Herr Sprenger diese Bezüge unberechtigt bezogen habe. Dem steht aber die Tatsache entgegen, dass Herr Sprenger beim Verwaltungsrat der Reichspost für zwei Reisetage 60 Mark liquidiert hat, auf die er keinen Anspruch hatte, weil er an diesen Tagen nicht von seinem Wohnort nach Berlin oder zurück gereist ist. Der beste Beweis für das nicht einwandfreie Verhalten Sprengers liegt in der Tatsache, dass er inzwischen 30 Mark an die Reichspost zurückgezahlt hat. In seinem kläglichem Rechtfertigungsversuch im Reichstag hat Herr Sprenger wohlweislich die Tatsache, dass er zur Rückzahlung von 30 Mark zuviel erhaltener Diäten von der Reichspost gezwungen worden ist, sorgsam verheimlicht.

SPD, München, 6. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Dezember vorigen Jahres wurde der bekannte Oberammergauer Christus-Darsteller Alois Lang vom Arbeitsgericht Garmisch zur Nachzahlung von 2 200 Mark Bedienungsgelder an vier Zimmermädchen verurteilt. Er hatte es als Pensionsinhaber unterlassen, die von den Gästen einbehaltenen zehn Prozent Bedienungsgelder ordnungs- und tarifgemäss an das Bedienungspersonal abzuführen. "Christus" Lang hatte sogar den Mut, gegen das Garmischer Arbeitsgerichtsurteil Berufung einzulegen. Inzwischen scheint er aber von sachkundigen Freunden eines besseren belehrt worden zu sein. Denn bei der am Freitag vor dem Landesarbeitsgericht in München durchgeführten Berufungsverhandlung wartete der Beklagte überraschenderweise mit einem allerdings recht mageren Vergleichsvorschlag auf, durch den er den klagenden Mädchen 50 Prozent ihrer Forderungen anbot. "Christus" liess aber mit sich handeln und war schliesslich heilfroh mit einem Vergleich wegzukommen, durch den den vier Klägerinnen je 60 Mark von ihren Forderungen abgezwickelt wurde. Herr Lang muss danach immer noch 1960 Mark nachzahlen, wozu die Kosten der beiden Verfahren kommen.

SPD. Immer mehr häufen sich die Fälle, dass in Versammlungen der radikalen Parteien, insbesondere aber in nationalsozialistischen Versammlungen, Minister und Staatsbeamte lächerlich gemacht, verleumdet und beleidigt werden. Erfolgt dann aufgrund des Gesetzes zum Schutze der Republik Anzeige, so dauert es im allgemeinen nicht nur sehr lange bis verhandelt wird, sondern auch die Urteile zeigen in einigen Teilen Deutschlands eine solche Milde und Nachgiebigkeit, dass eine Verhöhnung der Staatsgewalt geradezu als Sport erscheinen muss und auch eifrig von denjenigen, die an Hand von Exempeln auf milde Richter und Freispruch rechnen können, ausgeübt wird. Die Verhandlungen ergeben meistens das Bild, dass den Polizeibeamten, die pflichtgemäss in Wahrung der Staatsautorität die Versammlung überwacht und Anzeige erstattet haben, in ihren Aussagen Zeugen der politischen Richtung des Angeklagten gegenübergestellt werden, und diese bekunden, nichts oder nur Unwesentliches gehört oder gesehen zu haben. Da viele Gerichte sie in Massen vernehmen, wird das Zeugnis der wenigen Beamten meist nicht oder nur gering bewertet und der Freispruch ist fertig.

Diese Art der Rechtspflege ist geeignet, die Polizeigewalt lächerlich zu machen und die Wahrung der Staatsautorität durch die Polizei je länger je mehr zu erschweren. In Dortmund haben sich z.B. in den letzten Monaten eine Reihe von Fällen ereignet, in denen Richter unter dem Beifall des Publikums Polizeibeamte lächerlich gemacht haben, in denen Nationalsozialisten Freisprüche erzielen konnten, obwohl sie Polizeibeamte misshandelt hatten, und in denen in den Verhandlungen gegen Nationalsozialisten im Zuhörerraum nationalsozialistische Flugblätter verteilt und Eintrittskarten für Nazi-Versammlungen verkauft werden konnten, ohne dass das Gericht dagegen eingeschritten wäre.

Der Polizeipräsident von Dortmund hat diese Vorfälle inzwischen zum Anlass einer Beschwerde an die preussische Staatsregierung genommen und das Staatsministerium gebeten, eine genaue Untersuchung einzuleiten und für Abhilfe zu sorgen. Hoffen wir, dass die Staatsregierung dieser in der preussischen Verwaltungsgeschichte wohl einzig dastehenden Beschwerde stattgibt, eine strenge Untersuchung anordnet und durch Massnahmen dafür Sorge trägt, dass Vorfälle, wie sie sich in letzter Zeit in Dortmund abgespielt haben, sich künftig in unserer Justiz nicht wieder ereignen.

SPD, München, 6. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Tatsache, dass die rechtsgerichteten Kriegervereine in der Pfalz unter Leitung eines Herrn von Guttenberg die Bildung sogenannter Ortswehren betreiben und sich dabei auf amtliche Unterstützung berufen, veranlasst die

bayerische Regierung zu folgendem Dementi:

"Die bayerische Staatsregierung steht diesen Bestrebungen vollständig fern. Sie hat sie weder angeregt noch durch ihre Behörden begünstigt. Die von seiten der Kriegervereine in Aussicht gestellte Bewaffnung dieser Ortswehren kommt garnicht in Frage, da die reichsgesetzlichen Vorschriften über die Ausstellung von Waffenscheinen auch in der Pfalz gegenüber allen Staatsbürgern in gleicher Weise gehandhabt werden. Im übrigen besteht kein Anlass zur Schaffung derartiger privater Einrichtungen, da die staatlichen Machtmittel auch in der Pfalz durchaus genügen, um Störungen der öffentlichen Sicherheit, woher immer sie kommen mögen, hintanzuhalten."

SPD. Die Führer der Bergarbeiterverbände Husemann, Imbusch und Brylla wurden am Freitag vom Reichspräsidenten empfangen. Der Empfang galt der Frage der Knappschaftssanierung. An der Besprechung nahm auch der Reichsarbeitsminister teil.

Die Steigerung der Arbeitslosigkeit hat die an sich bereits grossen Finanzschwierigkeiten der Pensionsversicherung der Bergarbeiter in der Reichsknappschaft zugespitzt. Bis zum 1. April ist die Finanzlage gesichert. Die Frage ist, wie dann das Defizit in Höhe von rund 80 Millionen gedeckt werden soll. Mit der Beseitigung von Ueberschneidungen im Rentenbezug und dergleichen können nur verhältnismässig kleine Ersparungen gemacht werden. Staatliche Hilfe ist unbedingt nötig, wenn nicht die Leistungen empfindlich eingeschränkt werden sollen. Dieser Erkenntnis kann sich die Reichsregierung nicht verschliessen und daher arbeitet das Reichsarbeitsministerium zur Zeit eine Vorlage für die Sanierung der Knappschaft aus. Wird sie genügen?

Die Frage der Sanierung der Knappschaft bietet eine gute Gelegenheit, um der bei grossen Grubenkatastrophen so häufig den Bergarbeitern gezollte Anerkennung nun auch einmal entsprechende Taten folgen zu lassen. Der Reichspräsident ist ein Mann, der für solche Konsequenzen Verständnis hat, und schliesslich wissen die Bergarbeiter, dass auch andere Berufsstände, z.B. die Landwirtschaft bei ihm wiederholt Verständnis für ihre schwierige Lage gefunden haben.

SPD. Rom, 6. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Plan eines Attentates auf Mussolini wird am Freitag halbamtlich bestätigt. Der nach blutiger Gegenwehr verhaftete Anarchist Schirru habe gestanden, dass es seine Absicht gewesen sei, Mussolini zu töten. Seine politische Ueberzeugung sei seit seiner frühesten Jugend die eines revolutionären Anarchisten. Der Plan zu dem Attentat sei bei ihm im vorigen Sommer in Paris gereift.

Die faschistische Presse erklärt dazu, dass Schirru sicher bei den Pariser Antifaschisten Helfershelfer gehabt habe. Die Bomben und Höllenmaschinen, die imstande gewesen wären, mit ihrem hochgradigen Explosivstoff in weitem Umkreis Verderben anzurichten, habe er selbst in Belgien angefertigt, und zwar in Charleroi. Den Explosivstoff habe er sich in Lüttich verschafft. Von Nordamerika, das er im vorigen Jahre verlassen habe, sei er nach Rom gekommen, um zunächst auszukundschaften wie und wann ein Attentat gegen Mussolini ausgeführt werden könne, Vielleicht habe er es bei einer der nächsten grossen öffentlichen Feiern ausführen wollen, vielleicht aber auch von seinen Hotelzimmern aus. Denn das eleganteste von den zwei Hotels, in dem er sich Zimmer zu hohen Preisen gemietet habe, um sich das Ansehen des reichen und harmlosen, vergnügungslustigen Ausländers zu geben, liege an einer Strasse, die Mussolini sehr oft auf seinem Wege nach dem Ministerium passiere.

Schirru ist inzwischen einem Ausnahmegericht zur Aburteilung überwiesen worden.

SPD. Die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses des Reichstages über die Roggenstützung verliefen bisher vollkommen ziellos. In der Hauptsache liegt das daran, dass bestimmte Abgeordnete keine sachliche Klärung der Zusammenhänge bei der Roggenstützung wünschen, sondern nur nach Gelegenheiten suchen; grössere und kleinere Skandalchen herbeizuführen. Besonders der deutsch-nationale Abgeordnete Stubbendorf tut sich hierin hervor.

Am Freitag behandelte der Untersuchungsausschuss zunächst das Verhältnis zwischen Reich und Roggenstützungsgesellschaften weiter. Reichsernährungsminister Schiele liess sich eingehend über die Zusammenarbeit der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft und der Getreide Industrie- und Kommissions-Gesellschaft aus. Nachdem dann die Debatte einige Zeit sachlich geführt worden war, fragte der deutsch-nationale Abgeordnete Stubbendorf den Reichskommissar für die Roggenstützung, Dr. Baade, ob die in der Öffentlichkeit verbreiteten Gerüchte stimmten, dass er für seine Tätigkeit als Reichskommissar das Gehalt eines Staatssekretärs erhalte. Baade erwiderte, dass er als Reichskommissar für die Roggenstützung vom Reich nie einen Pfennig erhalten habe noch erhalten werde. Seine Bezüge vom Reich bekomme er als Leiter der Reichsforschungsgesellschaft für landwirtschaftliches Marktwesen. Dieses Gehalt entspreche dem eines Ministerialdirektors.

Als Stubbendorfs neuester Skandalversuch kläglich zusammengebrochen war, wandte sich der Abg. Horlacher (Bayer.Vp.) mit Entrüstung gegen die von Herrn Stubbendorf beliebte Methode, an Stelle von sachlicher Arbeit persönliche Angelegenheiten in die Diskussion des Ausschusses hineinzutragen. Die Feststellung der Bezüge von Reichsangestellten sei Sache des Haushaltsausschusses. Im übrigen sei es unerhört, einen Angestellten für seine Bezüge verantwortlich zu machen. Auskunft darüber zu erteilen sei ausschliesslich Sache des zuständigen Ministers. Nach diesem Zwischenfall beschloss der Ausschuss die Öffentlichkeit auszuschliessen, um in vertraulicher Sitzung über die Vereinbarungen mit Polen über Roggenausfuhr zu verhandeln.

In der nächsten Sitzung werden mehrere Zeugen über das Verhältnis zwischen beiden Roggenstützungsgesellschaften vernommen werden.

SPD. Sidney (Australien), 6.2. (Eig.Dr.)
Nach dem Erdbeben von Neu-Seeland ist Australien von einer neuen schweren Katastrophe betroffen worden. Diesmal ist der Staat Queensland, inmitten des australischen Kontinents, von riesigen Wasserfluten heimgesucht worden. Die Stadt Brisbane, die 250 000 Einwohner zählt, steht vollkommen unter Wasser. Die Flüsse sind 20 Meter hoch angeschwollen und 100 Meilen im Umkreis von Brisbane sind alle Städte und Dörfer überschwemmt. In rasender Eile stürzen die Wasser zum Meer, alles mit sich reissend, was sich ihnen in den Weg stellt. Der Sachschaden ist unermesslich; die Zahl der Toten glücklicherweise sehr gering.

Im Erdbebengebiet von Neu-Seeland ist durch die von der Arbeiterregierung getroffene ausgezeichnete Organisation und Hilfsaktion die grösste Not beseitigt. Stellenweise ist der Telegraphen- und Telephonverkehr wieder aufgenommen. Je weiter aber die Aufräumarbeiten fortschreiten, desto mehr wird sichtbar, welches entsetzliche Unglück durch die Katastrophe über Neu-Seeland gekommen ist. Die nördliche Insel muss fast vollkommen wieder aufgebaut werden.

SPD. Im Preussischen Landtag haben die Regierungsparteien einen Entschliessungsantrag eingebracht, wonach zur Belebung des Arbeitsmarktes mit den für 1931 in Aussicht genommenen baulichen Unterhaltungsarbeiten bis zu einem Drittel der im Haushaltsplan vorgesehenen Ansätze schon nach der zweiten Leistungsbegonnen werden soll. Der gleiche Grundsatz soll gelten für die im Haus-

haltsplan für 1931 durch einmalige Ausgaben bereitgestellten oder vorgesehenen Mittel, ferner für bereits in Angriff genommene Arbeiten, insbesondere für Bauten, soweit es sich um zweite oder fernere Raten oder um Restbeträge handelt.

+ + +

Im Reichsverkehrsministerium fand am Freitag unter Beteiligung des Reichsbankpräsidenten und des Preussischen Handelsministers eine Besprechung mit dem Präsidium des Verbandes deutscher Reeder statt, um die Arbeitslosigkeit in der Werftindustrie einzudämmen. Subventionspolitik wurde abgelehnt. Man will "innerhalb der in der Gesetzgebung vorgesehenen Möglichkeiten die Arbeitsbeschaffung für die deutschen Seeschiffswerften fördern".
Und wie denkt man sich das?

SPD. Essen, 6. Februar (Eig. Drahtb.)

Das hiesige Schöffengericht verurteilte am Freitag sieben Kommunisten zu Gefängnisstrafen von vier bis acht Monaten. Die Kommunisten hatten während der Wahlzeit in Hervest-Dorsten eine Versammlung der Nationalsozialisten gesprengt und sieben Nationalsozialisten schwer verletzt. Ein Teil der Nazis liegt heute noch im Krankenhaus.

SPD. New York, 6. Februar (Eig. Drahtb.)

In den letzten fünf Jahren haben die in Hollywood aufgenommenen Abenteurer-Filme 45 Filmakteuren das Leben gekostet. 65 Personen wurden bei den Aufnahmen schwer verletzt. Die Kriegsfilme haben die meisten Opfer gefordert.

SPD. London, 6. Februar (Eig. Drahtb.)

Eine für die Verhältnisse in der englischen Arbeiterpartei wichtige Entscheidung hat jetzt die unabhängige Gruppe Maxton getroffen. Der Sekretär, der Abg. W. J. Brown, hatte das bekannte Memorandum Mosleys unterschrieben. Brown, der trotz der Aufforderung der unabhängigen Arbeiterpartei seine Unterschrift nicht zurückzog, musste jetzt seinen Sekretärposten niederlegen. Damit ist die Mosley-Gruppe vollkommen isoliert und der unnatürliche Zustand zu Ende gegangen, dass sich die beiden extremen Gruppen in der Arbeiterpartei Hilfsstellung leisteten, trotz aller grossen prinzipiellen Gegensätze und lediglich aus gemeinsamer Gegnerschaft zur offiziellen Parteipolitik.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 6. Febr. (Eig. Drahtb.)

Länger und länger wurde die Rednerliste am Freitag, dem zweiten Tage der Aussprache über den Haushalt des Reichskanzlers, erregter und wilder aber wurden auch mit jeder Minute die Nationalsozialisten. Mit Ausnahme des Kommunisten Dr. Neubauer, der vorwiegend gegen die Sozialdemokratie polemisierte, galt der Hauptstoss aller Redner auch aus den Mittelparteien den Nationalsozialisten.

Der Staatsparteiliche Dr. Stolper machte gegenüber den Nationalsozialisten den allerdings vergeblichen Versuch, die Unsinnigkeit der Geld- und Finanztheorien Hitlers und Feders darzulegen. Er untersuchte die Ursachen der internationalen Weltkrise und lehnte gegenüber Sollmann (Soz.) ab, dass es sich um eine Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems handle. Er behauptete, in Deutschland habe der Kapitalismus nach dem Kriege nicht frei arbeiten können. Wie aber erklärt dann Dr. Stolper die Krise in Amerika, in England und in Italien, wo selbst die schlimmsten Manchester-Leute noch nicht behauptet haben, dass der Marxismus nennenswerten Einfluss hätte. Gegen Schluss geriet Stolper in heftige Auseinandersetzungen mit der Rechten, als er dem deutschen nationalen Abgeordneten, dem Dom- und Hofprediger Doehring vorwarf, er habe Hass gepredigt.

Die Nationalsozialisten beruhigten sich erst, als Neubauer von den Kommunisten das Wort erhält und sie geschlossen den Saal verlassen. Neubauer behauptet, die Sozialdemokratie lecke den Diktaturstiefel Brünings. Er machte die Sozialdemokratie für Diktatur, Lohnraub, Agrarwucher und alles andere was auf der Welt geschieht verantwortlich. Zu einer heftigen und gut geführten Attacke gegen die Nationalsozialisten trat dann der Zentrumsmann Joos an. Seine Rede und die vielen Auftritte, die die Nationalsozialisten in dieser Stunde verursachten, dürften die Kluft zwischen Zentrum und Nationalsozialisten noch vertieft haben. Immer mehr versuchte die Rechte, den Zentrumsredner niederzubrüllen. Schliesslich warf Reichstagspräsident Löbe drei besonders rüpelhafte Burschen namens Brückner, Koch und Heines, den berüchtigten Fememörder, aus dem Saal.

Joos sagte den Nationalsozialisten, es kommt nicht, wie Goebbels gesagt habe, darauf an, die Macht zu erhalten. Voraussetzung sei auch, den Verstand für die Macht zu haben. Der einfachste kommunistische Arbeiter, meinte Joos, könne Goebbels ein Kolleg über Volkswirtschaft halten. Leidenschaftlich wandte sich Joos gegen die Deutschnationalen. Er warf ihnen unter wilden Protestrufen der Hugenberg-Partei vor, dass sie den Kanzler schon deshalb angriffen, weil er katholisch sei. Diese konfessionelle Hetze, dies Gerede von den Reichsfeinden im Zentrum müsse aufhören. Der Katholizismus lasse sich das nicht mehr gefallen. Noch einmal tobten die Nationalsozialisten, als Joos erzählte, dass Angehörige dieser Krawallpartei in einer katholischen Jugendversammlung Stühle in verängstigte Mädchengruppen geworfen hätten.

Der volksparteiliche Führer Dingeldey trug so viele Belanglosigkeiten vor, dass man sich beinahe nach dem früheren volksparteilichen Führer Scholz zurücksehnte. Selbstverständlich wies er, so gut wie der spätere Wirtschaftsparteiliche Mollath, mit Entschiedenheit die Beweisführung Sollmanns zurück, dass der Kapitalismus seit Kriegsausbruch von einem Versagen zum anderen gleite. Die Wurzeln des kapitalistischen Systems, sagte Dingeldey, seien durch das Eindringen des Sozialismus erschüttert. Auch Herr Dingeldey sieht über Deutschland nicht hinaus. Sein Einwand, selbst wenn er für Deutschland minimal berechtigt sein sollte, kann für England, Amerika und Italien nicht gelten. Es bleibt bei dem internationalen Versagen des Kapitalismus. Energisch wandte sich Dingeldey gegen staatliche Bevormundung der Wirtschaft. Die Sozialdemokraten riefen dazwischen, dass Dingeldey bei seinem Protest gegen staatliche Bevormundung natürlich Subventionen und Hochschutzzölle nicht meine. Der Volkspar-

teiler suchte sich schliesslich noch wohlwollend mit den Nationalsozialisten auseinanderzusetzen. Aber auch er geriet mit ihnen in Konflikt.

In der 7. Abendstunde, als das Haus nach einer Rede des bayerischen Volksparteilers Pfleger schon stark ermüdet und gelichtet war, kam in dem jungen sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Mierendorff die Frontkämpfer-Generation zum Wort. Welch ein Unterschied gegenüber dem hohlen Phrasenschwätzer Goebbels. Mierendorff fasste die zur Flucht sich anschickende nationalsozialistische Fraktion ins Auge und verlangte von dem Heimkrieger Dr. Goebbels, dass dieser im Saale bleibe, um die Antwort eines Frontsoldaten zu hören. Was half es? Umso eiliger verdufteten sich die Nationalsozialisten und Herr Goebbels mit ihnen.

Nach wenigen Sätzen hatte Mierendorff die Aufmerksamkeit des Hauses. Auch Hugenberg pflanzte sich in der Mitte seiner Fraktion auf. Mierendorff machte starken Eindruck, als er ein Stück aus einer prophetischen Rede Bebel's verlas, der im Jahre 1909 im Reichstage als Folgen des Weltkrieges Massenarmut, Massenhunger und Massenerwerbslosigkeit vorausgesagt hat. Damals hat die Rechte dazwischengerufen: "Nach jedem Kriege wird es besser!" Mierendorff rief Herrn Hugenberg zu: "Jawohl, für Sie ist es nach dem Krieg besser geworden, für die Masse der Kriegsteilnehmer und der Arbeiter aber mit jedem Tage schlechter!" Goebbels habe mit seiner geradezu orientalischen Beredtsamkeit erklärt, die Nationalsozialisten hätten die Jugend, weil sie die Zukunft hätten. Wer aber habe Herrn Dr. Goebbels zu seiner Rede gratuliert? Der Altpreuussische Stockreaktionär Oldenburg-Januschau. Nicht der Jugend, sondern der ostelbischen Reaktion habe Goebbels aus dem Herzen gesprochen. Als Mierendorff sich als Frontkämpfer vorstellte, riefen nationalsozialistische Etappenhelden: "Grossmaul!" Mierendorff zog sein Eisernes Kreuz erster Klasse aus der Brusttasche und hielt es den betroffenen schweigenden Nationalsozialisten entgegen. Der sozialdemokratische Redner schloss, dass die Toten des Weltkrieges nicht für ein drittes Reich gestorben seien, dagegen protestierte er als Frontkämpfer. Im Lager der Sozialdemokraten stehe Deutschland und seine Zukunft.

Um 7 Uhr wollten die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen einen strategischen Obstruktionsstreich führen. Sie wollten nämlich die Beratung der Anträge zur Aenderung der Geschäftsordnung möglichst weit hinausschieben. Darum beantragten sie Vertagung der Sitzung. Zweck der Uebung war, so zu verhindern, dass die Anträge auf Aenderung der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der Sonnabendsitzung kommen. Sie hatten aber wieder einmal ohne Verstand gearbeitet. Obwohl Stöhr Vizepräsident des Reichstages ist, weiss er nicht, dass der Präsident das Recht hat, aus eigenem die Tagesordnung der nächsten Sitzung festzulegen. Löbe stellte die Beschlussunfähigkeit des Hauses fest und verlas gleich dahinter unter stürmischem Gelächter der im Saal gebliebenen mittelparteilichen und sozialdemokratischen Abgeordneten die Tagesordnung für Sonnabend. Er hat unmittelbar hinter die Fortsetzung der Debatte vom Freitag die Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung gesetzt. Der Anschlag der Nationalsozialisten ist also vorbeigelungen. Sie hätten vielleicht, wenn sie um die Tagesordnung gekämpft hätten, erreicht, dass die Geschäftsordnungsanträge an eine spätere Stelle gesetzt worden wären. Jetzt stehen sie im Vordergrund der Sonnabend-Sitzung. Mit erstaunten und verlegenen Gesichtern kamen die Nationalsozialisten und Hugenberger in den sich leerenden Saal zurück.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr.

Aus aller Welt

Europas Hollywood im Licht.

Wandlungen im Antlitz der Filmstadt vom ersten Asta Nielsen-Atelier bis heute.

SPD. In diesen Tagen geht in Neubabelsberg, der Stadt der deutschen Filmproduktion, ein neuer grosser Bahnhof seiner Vollendung entgegen. Im Frühjahr soll das Gebäude, das im Rohbau bereits fertiggestellt ist, dem Verkehr übergeben werden.

Atemlos, ohne Hut und Mantel, eben der Hitze des Ballsaals keuchend entflohen, stürmt der junge Graf die Freitreppe herab. "Ihr nach!", ruft er ins Auto. Und schon springt der Motor an....

Aber es ist alles vergebens! Dem Verfolger entgegen wirft sich - der Tonmeister. Er verlangt die Atemlosigkeit zwei Töne tiefer und etwas mehr Motorgeräusch. Der Regisseur vermisst einen Boy, der die Wagentür aufreisst. Der Hilfsregisseur holt einen Boy. Der Regisseur schickt den Boy zurück, weil dessen Hose schlottert. Der junge Graf hat Puder verloren. Der Verwalter des Magazins verschafft eine kleinere Boy-Hose. Der Operateur bemängelt Reflexe am Autofenster, das Autofenster wird neu geputzt, die Nase neu gepudert. Und wieder schliessen sich die Türen des Ateliers, entflammen draussen die roten Lampen, die "Achtung, Ruhe, Tonaufnahme!" verkünden - wieder begibt sich alles auf die Plätze, herrscht atemlose Stille und stürmt: atemlos, ohne Hut und Mantel, eben der Hitze des Ballsaals keuchend entflohen . . . weiter! Weiter: denn erst viele hundert solcher Szenen machen einen Film einen einzigen Film!

Was ist da "Wirklichkeit", was "Theater"? Hier noch ein scheinbar wüstes Durcheinander, eine unübertreffbare Unordentlichkeit: dann geht man um eine Ecke und steht vor einem tadellos sauberen, pikfein gezimmerten Boudoir, oder vielmehr vor der Hälfte eines Boudoirs - vor jener Hälfte, die gerade für den Film "Molly geht auf Reisen" gebraucht wird. Hier diese Dreiviertel-Hotelhalle ist von hinten eine mexikanische Bar, - dann stolpert man dreimal über die restlichen Hürden aus dem Tonfilm-Drama "Nur ein Jockey!" und steht vor einem Leuchtturm, der ist von vorn ein ausgebranntes Treppenhaus. Welche Gegensatzfülle in der Arbeitsmelodie! Der Eifer am Werk treibt die seltsamsten Spässe. Was Wunder: hier werden jährlich hundert Filme hergestellt.

Das geschieht knapp vor den Toren Berlins. Rasch führt die elektrische Schnellbahn in dieses merkwürdige Land. Die Post nennt es: Neubabelsberg. Der Bahnhof liegt zwar noch mitten im Wald, hat aber mit der gewöhnlichen Umwelt nicht mehr gemein. Er trägt, wenn man so sagen darf, den Stempel des Genialen. Wer hier aus- oder einsteigt, sind Künstler oder junge Leute, die "zum Film" wollen. Denn von hier aus geht es "zum Film"! Rechter Hand, in ungefähr fünf Minuten.

In jeder deutschen Stadt gibt es ein rührendes Herz, ein paar ruinenhafte Häuser im Zentrum - jene romantischen Giebelbauten, mit denen einst die Stadt gegründet wurde. Man lässt sie stehen, aus Pietät und zur Besichtigung für Fremde. Auch in Neubabelsberg gibt es so etwas. Ein kleines Atelier - 1912 für die ersten deutschen Asta Nielsen-Filme errichtet - erinnert an die Anfänge dieser Filmstadt. Es stammt aus jener Zeit, in der das "Glashaus", das Filmatelier, wirklich noch aus Glas war, und gegenüber den steinernen Kolossen, die es heute umgeben, wirkt es wie jene berühmte St. James-Kirche zwischen den Wolkenkratzern des Broadway.

Wo man die riesigen Würfel neuer Tonfilmateliers als grossartige Wahr-

zeichen aufgeführt hat, standen eben noch so manche liebgewordene Kulissen für Filmaufnahmen im Freien. Manches hat dem Zahn der Zeit getrotzt. Die Burg aus der "Chronik von Grieshaus" steht heute noch. Neues ist dazu gekommen: es gibt da Strassen aus richtigem echten Asphalt, mit Geschäften, Theatern, Denkmälern - Szenerie, gemacht für ein oder zwei Filme! Freileitungskabel ermöglichen die Zuleitung elektrischen Lichtes an jeden beliebigen Platz des Geländes, sodass Aufnahmen im Freien bei jeder Witterung, unabhängig von den natürlichen Lichtquellen, stattfinden können.

Und es begab sich, dass eines Tages, am 25. April 1929, auf einem Teil des Freiaufnahmegeländes Arbeiter mit Spitzhacken und Spaten erschienen. Einige dort noch stehende Strassen aus "Metropolis", ein Bahnhof und verschiedene französische Lustschlösschen, einst für einen Film errichtet, wankten und brachen unter den Meisseln. Aber aus den Trümmern wuchs ein Werk. Wer damals nach Neubabelsberg fuhr, wurde Zeuge eines imposanten Vorgangs: wie in ununterbrochener Tag- und Nachtschicht, nachts taghell erleuchtet von hunderten gewaltiger Scheinwerfer, vier neue Tonfilmhallen aus der Erde wuchsen. Innerhalb weniger Wochen waren sie fertiggestellt: Blöcke, deren Wucht durch ihre Fensterlosigkeit noch verstärkt wird. Fenster sind verboten in diesen Häusern, da sie nur unerwünschte Geräusche einlassen würden. Lautlos erfolgt die automatische Entlüftung. Die stärksten Gewitter vermochten es nicht, sich mit ihren Donnerschlägen im Innern dieser Gebäude hörbar zu machen. Hier gibt es kein Echo. Hunderte von Lampen, die völlig geräuschlos brennen, wurden bei der Umstellung auf Tonfilm neu beschafft - und wo es selbst gelang, vorhandene Kohlenlampen bis zur Geräuschlosigkeit zu drosseln, waren und sind für diesen Zweck abermals hunderte besonderer Zusatzgeräte nötig.

Auch die schon vorhandenen "stummen" Ateliers wurden, als über Deutschland der Tonfilm ausbrach, schnellstens und gründlichst umgewandelt. So entstanden Ateliers für Spielfilme und für Spezialarbeiten, wie Kultur- und Trickfilm, Werkstätten zum Ausbau der Apparaturen, Laboratorien, wo ein Stab von Ingenieuren und Mechanikern ständig an der Vervollkommnung der Ton- und Bildaufnahme tätig ist. In 42 Gebäuden wird dieser technische Innenbetrieb abgewickelt. Und in 14 Ateliers wachsen die Filme, 1500 Scheinwerfer flammen auf: Europas Hollywood im Licht! Fünf Millionen Meter Film und verbraucht jährlich die kleine Kopieranstalt, die man den Produktionsstätten beigab, um den Fortgang dieser Produktion unmittelbar nach der Aufnahme kontrollieren zu können. In 21 Kleberäumen reiht sich indessen Streifen an Streifen. Bis schliesslich wackere Schmeister die Früchte des Landes bergen: das Negativ, Neubabelsbergs kostbarste Frucht, geborgen in der Schaulie eines Filmtresors. Das Mikrophon hat seine Ernte gehalten.

+ + +

Heisse Liebe und heisse Rache. In Siegburg (Westfalen) rächte sich ein Mann, der seine Frau mit einem Galan in zärtlicher Umarmung im Bett vorfand, indem er den Kavalier zur Wohnung hinauswarf und seine Frau, die im Kwa-Kostüm war, in die auf dem Herd stehende heisse Bratpfanne setzte. Die Frau musste mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus transportiert werden.

+ + +

Reichsbahndirektor niedergeschossen. Am Freitag wurde in Berlin im Gebäude der Reichsbahndirektion am Schöneberger Ufer ein Attentat auf den 36-jährigen Reichsbahndirektor Adolf Zander verübt. Der Täter, der 51 Jahre alte frühere Fahrkartenausgeber Freese gab auf Zander sechs Schüsse ab, die den Direktor so schwer verletzten, dass er ins Krankenhaus überführt werden musste. Nach der Tat richtete Freese die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Herzschuss. In einem von Freese hinterlassenen Brief heisst es über die Gründe der Tat, er habe sich an dem Dezernenten für Unfallrenten, Direktor Kasack, dafür rächen wollen, dass ihm für einen im Dienst erlittenen Unfall eine viel zu kleine Rente zugebilligt worden sei. Dass Freese anstelle des Direktors Kasack, dessen Kollegen Zander niederschoss, scheint auf eine Verwechslung der Zimmertüren zurückzuführen sein. Direktor Zander ist der Leiter der Bauab-

Arbeiter=Wintersport=Olympiade. In Mürzzuschlag (Steiermark) findet augenblicklich die zweite Arbeiter=Wintersport=Olympiade statt. Viele Häuser prangen im Schmuck bunter, häufig auch schwarzrotgoldener Flaggen. Tausende von Festgästen bewundern die hervorragenden sportlichen Leistungen, die in- und ausländischen Arbeiter=Wintersportler, unter denen die Finnen und Letten eine besondere Stellung einnehmen.

Am ersten Tag kam zunächst das Skilanglaufen über 15 Kilometer zum Aus-
trag, das den Finnen grosse Erfolge brachte. Sie besetzten die ersten neun
Plätze in fabelhaften Zeiten. Der Beste brauchte 53:51 Minuten. Der Deutsche
Max Hess steht an zehnter Stelle mit 59:34. Insgesamt starteten im Skilang-
lauf=Konkurrenz 92 Läufer. Der Hindernislauf über drei Kilometer brachte 29
Läufer an den Start. Auch hier war ein Finne in der Zeit von 5:18 Minuten er-
ster Sieger. Den zweiten Platz belegte Mannhardt (Deutschland), dritter wurde
Eisberger (Deutschland. Bei dem Hindernislauf stürzte der Münchener Zohetmayer
in einem Hohlweg, wo er einige Minuten bewusstlos liegen blieb. Er wurde nach
Mürzzuschlag gebracht. Dort konnte er sich bald erholen.

+ + +
Flugzeug im U=Boot. Der amerikanische Erfinder Loening hat ein Klein-
flugzeug konstruiert, das mit zusammengelegten Flügeln in einem Unterseeboot
mitgeführt werden kann. Die ersten Versuche mit dieser Maschine sollen durch-
aus zufriedenstellend verlaufen sein.

+ + +
Ermordeter Grossindustrieller. In New York wurde der 58jährige Vizeprä-
sident der Royal Railroad Supply Company, einer Eisenbahngesellschaft, von
seinem Bürovorsteher aus noch nicht klar ersichtlichen Motiven niedergeschos-
sen. Nach der Tat erschoss sich der Mörder.

+ + +
Verhaftete Wechselbetrüger. In Nürnberg wurden zwei Kaufleute namens
Glockner und Karl, die seit dem Herbst 1930 für 46 000 Mark Lebensmittel von
verschiedenen Firmen bezogen und mit wertlosen Wechseln bezahlt haben sollen,
verhaftet. Die Waren wurden von den Betrügern weit unter Preis verschleudert.

+ + +
Vierfacher Raubmord. Auf einer Landstrasse zwischen Orhe und Branica (Ru-
mänien) schossen mehrere bewaffnete Banditen einen Fuhrmann und drei Kaufleute
nieder. Den Verbrechern fielen 3 000 Lei Bargeld in die Hände.

+ + +
Plagiatsklage gegen Einstein. Der in Los Angeles (USA) lebende prakti-
sche Arzt Dr. Ira D. Edwards hat gegen Professor Einstein Plagiatsklage er-
hoben, Dr. Edwards behauptet, dass Einsteins "Vereinigte Feldtheorie" einem
Edwardschen Werke "Das Warum und Weshalb der Dinge", das im Jahre 1927 er-
schien, entnommen sei.

+ + +
Haftbefehl gegen Urban. Am Donnerstag wurde vom Vernehmungsrichter im
Berliner Polizeipräsidium Haftbefehl gegen den Artisten Urban erlassen. Urban
ist hinreichend verdächtig, den Geschäftsführer Schmoller vom Mercedes-Kino
in Berlin-Neukölln ermordet zu haben. Der Artist bestreitet nach wie vor die
Tat, verwickelt sich aber bei jeder Vernehmung in immer schwerere Widersprü-
che. Auch der Indizien- und Zeugenbeweis ist sehr belastend. Am kommenden
Sonntag wollte Urban heiraten.....

+ + +
Verurteilte Nazis. Die Berliner Nationalsozialisten Born und Rieck wurden
von dem Landgericht I wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todes-
erfolg zu je zwei Jahren sechs Monaten und einem Tag Gefängnis verurteilt.
Der Nationalsozialist Senkbeil erhielt ein Jahr, drei Monate Gefängnis. Die
Verurteilten sind die Hauptbeteiligten einer Schiesserei in der Görlitzer=

strasse im Osten Berlins. Nationalsozialisten überfielen damals (Dezember 1929) einen Trupp Kommunisten und töteten einen kommunistischen Arbeiter Neumann. In einer früheren Verhandlung, gegen die das Reichsgericht Einspruch erhob, waren Born, Senkbeil und Rieck zu strengeren Strafen verurteilt worden.

+ + +
Sechs Jahre im Verschlag. Die polnische Kriminalpolizei kam in Posen einem kaum glaublichen Fall auf die Spur. Dort wurde der 30 Jahre alte Tischler Michael Malolepszy von seiner Familie sechs Jahre lang in einem Verschlag auf dem Boden gefangen gehalten. Der Unglückliche war bei seiner Auffindung nur mit einem zerlumpten Mantel bekleidet und ohne ausreichende Nahrung, sodass er wahrscheinlich über kurz oder lang an Entkräftung zugrunde gegangen wäre. Gerade zu furchtbar wurde er von seiner Stiefmutter behandelt, die den anderen Familienmitgliedern streng verboten hatte, dem Gefangenen etwas zu essen zu geben. Die entmenschte Alte hatte des öfteren auch ihren eigenen Mann in die Koje gesperrt, die völlig dunkel und so eng ist, dass man sich nur kriechend in ihr bewegen kann.

+ + +
Ein rasender Tank. In Rahwah im Staate New Jersey (USA) wurde ein neuer Tank ausprobt, der mit einem 338 PS starken Motor ausgerüstet ist. Der Stahlkoloss sauste mit 68 Stundenkilometern über den mit Baumstämmen und Felsstücken übersäten Boden. Als man durch einen besonderen Mechanismus die bei den Raupenschlepper hochklappte und den Tank auf Rädern fahren liess, erreichte die Maschine eine Stundengeschwindigkeit von 126 Kilometern. Walter Christie der Konstrukteur des Tanks, behauptete, dass das Fahrzeug im Notfalle bei voller Beanspruchung des Motors eine Stundengeschwindigkeit von 150 Kilometern erreichen könne.

+ + +
Ein Film ohne Männer. In Hollywood wird zur Zeit ein Kriegsfilm gedreht, in dem weder ein männliches Gesicht, noch eine männliche Stimme vorkommt. Nur Frauen sind die handelnden Personen. Der Film trägt den Titel "Women like men" (Frauen wie Männer) und schildert die Abenteuer von neun jungen Mädchen in einem Lazarett in Frankreich.

+ + +
Tod eines Zweihundertjährigen. Als ein mohammedanischer Heiliger in ganz Südindien verehrter Fakir, Naina Mohammed Avuila, ist in Kubhakman (Residentenschaft Bengalen) gestorben. Der Heilige, der sich die letzten Jahre seines Lebens nur von einem Stückchen Brot und einem Schluck Wasser täglich ernährte, hat nach Angaben indischer Zeitungen das methusalemische Alter von 180 bis 200 Jahren erreicht.

+ + +
Der Felsblock auf den Schienen. In Südfrankreich löste sich in der Nähe des Bahnhofs Prévencères ein Felsblock von den Bergen und rollte mitten auf die Eisenbahnschienen. Der Zugverkehr erlitt eine unliebsame Störung, da es Stunden dauerte, bis das über 4 000 Pfund schwere Felsstück aus dem Wege geräumt werden konnte.

+ + +
Der Schulunterricht unhygienisch? Professor W. Gadzkiewicz vom Hygienischen Institut der Krakauer Universität propagiert in Bezug auf den Schulunterricht die Forderung, dass man die Lehrbücher mit weissen Buchstaben auf schwarzem Grund drucken müsse. Die Anzahl der in der Schule kurzsichtig gewordenen Menschen würde sich auf diese Art bedeutend verringern. Ausserdem sollen die Kinder nicht mehr schräge sondern senkrecht stehende Buchstaben schreiben, da die alte Schreibmethode die Rückgratverkrümmungen bei Kindern stark fördere.



Gewerkschaftliche Rundschau

Der Kampf um die Betriebe.

Hitlers Pläne.

SPD. Die Reichsleitung der Nationalsozialistischen Partei hat eine Neuorganisation ihrer Betriebszellen angeordnet. Die bestehenden Betriebszellen werden aufgelöst. Ein Feldzug zur Eroberung der Betriebe wird jetzt durchgeführt werden, und dieser Feldzug soll, so heisst es in den für die Neuorganisation der Betriebszellen veröffentlichten Richtlinien, die "grösste historische Tat" der Nationalsozialistischen Partei sein. Mit Hilfe des Betriebszellenfeldzugs will Hitler endlich an die Arbeiter herankommen. Die Betriebszelle wird ausdrücklich als spezifische Waffe zur Eroberung der Arbeiterschaft bezeichnet, und jeder Parteigenosse der Nazis wird verpflichtet, der Betriebszelle beizutreten. Als Zweck der Betriebszelle wird in den Richtlinien angegeben: "Befreiung aus der liberal-kapilastischen Hörigkeit und vor allen Dingen Befreiung von der marxistischen Ideologie."

Aehnlich wie bei der kommunistischen RGO wird besonders auf die Gewinnung von Sympathisierenden für die Betriebszellen Wert gelegt. Juden und sogenannte Fremdstämmige sollen nicht aufgenommen werden. Aus taktischen politischen Gründen wird ein Einzel- oder Massenaustritt aus den Gewerkschaften nicht empfohlen. Vorsichtig verzichten die Herrschaften auf die Gründung von eigenen Gewerkschaften. Wozu auch Gewerkschaften aufbauen, wo nach ihrem eigenen Geständnis ihr Ziel nur darin besteht, dem Kapital zuliebe Gewerkschaften zu zerschlagen.

Die Betriebszellenorganisation der Nationalsozialisten ist so gedacht: Grundstock ist die Betriebszelle. Die Betriebszellen werden zusammengefasst in Fachgruppen und die Fachgruppen in sogenannte Industriegruppen. Zwölf solcher Industriegruppen sollen gebildet werden. Da man aber damit nicht auszukommen glaubt, will man noch fünf sogenannte Betriebsgruppen (Kleingewerbe, Banken und Versicherungen, Behörden, Landwirtschaft und Schifffahrt) bilden, um so möglichst alle Hand- und Kopfarbeiter zu erfassen. Diese Industrie- und Betriebsgruppen unterstehen dem Reichsorganisationsleiter der Nationalsozialistischen Partei. Horizontal ist die geplante Rahmenorganisation in Gaue aufgeteilt, an deren Spitze ein Gaubetriebszellenleiter steht, der wiederum dem Gauleiter der Nationalsozialistischen Partei untergeordnet ist. Daraus ergibt sich, dass die ganze Betriebszellenorganisation lediglich den politischen Zielen der Nationalsozialistischen Partei dienstbar gemacht werden soll, was weiter nicht wundert, da ja der Faschismus durch Zerstörung des politischen Einflusses der Arbeiterbewegung auch deren gewerkschaftliche Kampfkraft brechen will. An einer Verflechtung der Arbeitsinteressen liegt dem Faschismus nichts, und daher sollen zwar zur Förderung der Betriebszellenbewegung Beiträge erhoben, Unterstützungseinrichtungen dagegen nicht geschaffen werden. Die eingehenden Gelder müssen in der Hauptsache für die Propaganda der Nationalsozialistischen Partei Verwendung finden.

Die Nazi-Funktionäre sind angewiesen, in ihrer Minierarbeit gegen die freien Gewerkschaften sich eng an den Sprachgebrauch der organisierten Arbeiterschaft anzulehnen, damit möglichst grosse Verwirrung in die Betriebsbelegschaften hineingetragen wird. Vor allen Dingen sollen sie versuchen, nicht nur an die Sympathisierenden, sondern auch an die Mitglieder der KPD heranzukommen,

da diese am ersten und leichtesten für die Nazi=Betriebszellen zu gewinnen seien. Eine Bekehrung der SPD=Mitglieder der Gewerkschaften zum Nationalsozialismus hält man im Hitlerlager für unmöglich. Man sieht, Herr Hitler möchte die Erbschaft der kommunistischen Hetz= und Wühlarbeit antreten. Er rechnet damit, dass der von kommunistischen Phrasen verwirrte und vergiftete Arbeiter eine leichte Beute der Nazipropagandisten wird.

Um den Arbeitern den Beitritt zu einer Nazibetriebszelle möglichst verlockend zu machen, müssen die Hitlerdemagogen, obwohl ihr Theoretiker Gottfried Feder ausdrücklich, so auch mit dem Satz: "Wo im Betrieb gequatscht wird, wird nicht gearbeitet", den Betriebsrätegedanken abgelehnt hat, doppelzünftig und skrupellos die Betriebsräteidee bejahen. Die Kapitalknechte biedernd sich als Freund und Förderer der Betriebsräte an. Bei den Hitlerianern heiligt der Zweck die Mittel, und deshalb proklamieren sie jetzt die praktische Beteiligung an den Betriebsrätewahlen. Harm= und arglosen Gemütern kommen sie in den neuen Leitsätzen für den NS+Betriebsfunktionär mit süßen Redensarten. Es heisst da z.B. der NS=Betriebsfunktionär dürfe kein Denunziant sein, müsse sich des Vertrauens der Kameraden würdig erweisen und ihre Wünsche bei den zuständigen Stellen in mannhafter Weise vertreten. Worauf die sauberen Brüder jedoch in Wirklichkeit hinauswollen, geht aus dem Punkt 8 der Leitsätze für den NS=Betriebsfunktionär hervor. Er lautet: "Entlassungen, die wegen Arbeitsmangel erfolgen, stimme grundsätzlich nicht zu. Ist jedoch die Entlassung oder der zur Entlassung Vorgesehene offener Bekenner und Verteidiger der Erfüllungspolitik oder als Mitglied der Youngparteien tatsächlich bekannt, dann hat er seine Entlassung mitverschuldet und daher stimme in solchen Fällen der Entlassung unter Angabe einer entsprechenden Erklärung zu". Wer also dem Nazibetriebsfunktionär, d.h. Herrn Hitler, nicht aus der Hand frisst, soll von der Arbeitsstelle verjagt werden.

Der Unternehmer und sein Nazi=Knechte - beide wollen zusammen bestimmen, wer in einem Betrieb arbeiten darf oder irgendwo zu einer Arbeitsstelle zugelassen wird. Aus der Arbeitsvermittlung und Arbeitsvergebung soll ein Instrument des Terrors gemacht werden, und mit Hilfe dieses Terrors soll auch dann, wenn die Nazis im Betrieb in der Minderheit sind, Führung und Hegemonie über Betriebsrat und Betrieb in ihre Hand, in die Hand des Kapitalknechtes und damit in die Hand des Unternehmers kommen. Der Minderheitsterror nationalsozialistischer Betriebsräte - das ist das nächste Ziel im Angriff Hitlers auf die Betriebe. Hunger und Prügel - das ist die Freiheit, die aus der "Befreiung von der marxistischen Ideologie" hervorgehen soll. Die Belegschaft soll zersplittert, durcheinandergelacht, bespitzt, von Rauhbeinen eingeschüchtert und so für ernste gewerkschaftliche Arbeit unfähig gemacht werden. Die Betriebszellenbewegung soll die Naziartei endlich zu dem machen, wozu sie ins Leben gerufen worden ist: zur Leibgarde des Kapitals.

Arbeiter, seid auf der Hut, verfolgt mit wachsamem Auge die Hitler-Wölfe im Schafspelz, damit alle Ansätze nationalsozialistischer Betriebszellenbildung schnell und gründlich ausgerottet werden.

SPD. Die Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage nimmt, nachdem sie ihr vorläufiges Arbeitsprogramm festgelegt hat, am 24. Februar - nicht am 23., wie irrtümlich in der Presse gemeldet wurde - ihre Arbeit in Angriff. Für die Kommission wurde unter der Adresse Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage Berlin NW.40, Scharnhorststrasse 35, eine nebenamtliche Geschäftsstelle eingerichtet. Anschriften sind ausschliesslich an diese Geschäftsstelle zu richten.

SPD. Eine freie Gewerkschaft der Aerzte ist im Rahmen des Gesamtverbandes ins Leben gerufen und dessen "Reichssektion Gesundheitswesen" angegliedert worden. Der Zweck der Gründung besteht, wie aus dem Aufruf der Aerztengewerkschaft an die Aerzteschaft hervorgeht, vor allem darin, die Kluft zwischen Volk und Aerztestand, die sich nicht zuletzt durch die Stellung der bürgerlichen Aerztevereinigungen zur Frage der Sozialversicherung aufgetan hat, zu überbrücken. Die Aerzteschaft, so heisst es in dem Aufruf, muss aus ihrer Isolierung heraus. Sie muss mit den Versicherten in einer Reihe stehen, um für den Gesundheitsdienst am Volk jederzeit eintreten zu können.

Der Leipziger Verband hat den Unterzeichnern des Aufrufs den Ausschuss angedroht. Dieser Ausschuss bedeutet eine wirtschaftliche Schädigung, weil aufgrund eines Monopolvertrages nur seine Mitglieder die Mitglieder der Ersatzkrankenkassen behandeln dürfen. Also Bockott gegen die freigewerkschaftlich organisierten Aerzte - das ist die Antwort der im Leipziger Verband dominierenden sozialreaktionären Rückständigkeit auf die Gewerkschaftliche Gründung. Was für ein Geist im Leipziger Verband herrscht, zeigt die Tatsache, dass in ihm eine besondere nationalsozialistische Aerztegruppe besteht, die den Ausschuss der jüdischen Aerzte von der Behandlung der Kranken fordert. Und der Leipziger Verband wagt nicht, gegen diesen Blödsinn anzukämpfen.

SPD. In der italienischen Seidenindustrie sind für sämtliche Arbeitnehmer die Löhne um 7% gekürzt worden. Das neue Abkommen läuft vom 1. Februar bis 31. August.

Trotz der im November erfolgten allgemeinen Lohnkürzung und trotz der wiederholten Versicherung der Regierung, weitere Lohnkürzungen würden nicht erfolgen, ist also in einer grossen italienischen Industrie eine neue empfindliche Lohnsenkung vorgenommen worden. Wie bedenklich diese Lohnsenkung sich auswirkt, zeigt die Bestimmung des neuen Abkommens, dass der Lohn der in der Seidenindustrie beschäftigten Arbeiterinnen, wenn er infolge der Neuregelung unter 1,65 Mark pro Tag sinken sollte - mit solchen Löhnen wird im faschistischen Italien gerechnet - nur bis zu diesem Mindestlohn gesenkt werden darf.

SPD. Am Freitag fanden in Dresden für die Ostsächsische Textilindustrie Tarifverhandlungen zur Neuordnung der Löhne und des Arbeitszeitabkommens statt. Die Verhandlungen scheiterten, wie angesichts der Haltung der Textilindustriellen nicht anders zu erwarten war.

Für die Westsächsische Textilindustrie finden am Montag in Leipzig Schlichtungsverhandlungen statt. -

In dem Lohnstreit der Krefelder Textilindustrie ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der eine Ermässigung der Zeitlöhne, Akkordrichtsätze und Akkordstücklöhne um 6% vorsieht. Der neue Lohn tarif soll bis zum 15. August laufen.

SPD. Für den Siegerländer Bergbau wurde ein Schiedsspruch gefällt, der eine Lohnsenkung ab 1. Februar um 7% - für die Meggener Gruben um 5% - vorsieht. Die Neuregelung soll bis zum 1. Juli gelten. Das Arbeitszeitabkommen ist durch Vereinbarung der Parteien verlängert worden.

Börse, Banken und hohe Politik.

Börsenbericht für die Woche vom 2. bis 7. Februar.

SPD. Berlin, den 7. Febr. (Eig. Ber.)

Solch eine "fette" Woche wie die vergangene hat die Börse wohl seit einem Jahr nicht mehr erlebt. Ob das breite Publikum und die Spekulation viel davon profitiert haben, steht freilich auf einem anderen Blatt, denn es sieht so aus, als ob nur der kleine Kreis der Eingeweihten d.h. in erster Linie die von der Geldflüssigkeit profitierenden Grossbanken das Hausseggeschäft gemacht und auch den Rahm abgeschöpft haben. Die Spekulation ist mehr auf Inlandvorgänge eingestellt und das, was die Wirtschaft im engeren Sinne und insbesondere die Dividenden betrifft. Und da hörte man überwiegend nur von Dividendenkürzungen, ja Verlustabschlüssen und Insolvenzen. Die Spekulation traute sich infolgedessen auch nicht zu kaufen, als festere Kurse kamen.

Von den Banken darf man annehmen, dass ihnen die ins Ausland auch zur Wilhelmstrasse in Berlin gesponnenen Fäden eine gewisse Lust zur Inszenierung einer Haussebewegung gaben. Dass die Vereinigten Staaten von Nordamerika in absehbarer Zeit mit Bestimmtheit ihre innere Kriegsschuld konvertieren, d.h. niedriger verzinslich machen, berechtigt zu der Hoffnung, dass auch die interalliierten Schulden herabgesetzt werden können und damit für die Senkung der deutschen Reparationslasten in absehbarer Zeit etwas herauskommen wird. Die als sicher geltende Kreditgewährung ausländischer Banken an das Reich, wobei die Beteiligung Frankreichs eine politisch sehr bedeutsame Rolle spielt, erhöht die Friedensgarantien in Europa und verspricht eine engere Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland, Möglich, dass zu den Bedingungen dieses Kredits auch der Wunsch gehörte, dass die deutsche Reichsregierung sich als fähig erweisen möge, den Etat für 1931/32 auf parlamentarischem Wege und nicht auf dem Wege der Notverordnung Gesetz werden zu lassen. Jedenfalls verspricht der Verlauf der Reichstagsverhandlungen vom Donnerstag, versprechen die vorher mit einzelnen Parteien geführten Verhandlungen, dass die innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland vor einer gewissen Konsolidierung stehen.

Alle diese Momente stärken das Vertrauen des Auslandes und auch ausländischer Kapitalgeber gegenüber Deutschland. Sie müssen sich auf die Dauer für die deutsche Wirtschaft günstig auswirken und dürften daher für die Banken der Anlass sein, auch die an der Börse gehandelten Wirtschaftswerte höher einzuschätzen. Auf diesem Hintergrunde wird man wahrscheinlich erst der scharf aufwärts gerichteten Kursbewegung gerecht werden, die sich in der letzten Woche auf den deutschen Börsen vollzogen hat, und der sich die deutsche Spekulation mehr oder weniger angeschlossen hat.

Unterstützt wurden diese Tendenzen durch die wohl vorbereitete Dividendenüberraschung des Siemenskonzerns. Nachdem die AEG sich zu einer Kürzung um 2% entschlossen hatte, schien es selbstverständlich zu sein, dass Siemens in ihre Fusstapfen treten würde. Stattdessen kam eine unveränderte Siemensdividende. Kein Wunder, dass 14% Dividende die Siemensaktie, die noch vor wenigen Wochen um 136% schwankte, sich aber bis zum Ende vergangener Woche schon auf 156% gebessert hatte, nun plötzlich auf 173% anziehen liessen, d.h. in einem Monat für einen Käufer in den letzten Wochen rund 35% Kursgewinn zuzüglich 14% Dividende, fast ein Drittel des für den Kauf investierten Kapitals. So

ein Ereignis macht erklärlicherweise auf die verarmte Börse einen guten Eindruck. Vor allem andere Elektroaktien konnten trotz des AEG-Beispiels kräftig gewinnen. Gesfürel stiegen von 92,75 bis zeitweise 105 und waren dann 102,50%. Elektrisch Licht und Kraft besserten ihren Kurs von 96,25 auf bis 108% und waren dann 107,5%, selbst die internationalen Chadeaktien konnten trotz schwacher Börsen draussen um etwa 13 Mark anziehen (von 251 auf 264 Mark pro Stück).

Hoffnungen auf eine Ueberraschung gleicher Art liessen ferner starke Nachfrage in den Aktien der I.G. Farbenindustrie entstehen. Diese konnten bei oft sehr grossen Umsätzen von 120,5 auf zeitweise 134% anziehen und blieben am Freitag mit 132% gut behauptet. Eine ähnlich respektable Kursaufbesserung hatten vor allem noch einige der sogenannten Nebenwerte zu verzeichnen. So führten die Gerüchte, dass das schwach gewordene Paket Deutsche Linoleumaktien aus den Händen des Generaldirektors Heilner nicht nach Holland, sondern an deutsche Interessenten übergehen werde, zu einer Kurssteigerung von 90,5 bis zeitweise 103,5%, worauf allerdings wieder eine Abschwächung bis 99,5% folgte. Auch die Continentalen Gummiaktien waren mit 112 nach 99% kräftig gebessert.

In sehr bescheidenen Grenzen hielten sich dagegen die Gewinne am Montanmarkt; bis zum Ende der Woche gingen sie sogar grossenteils wieder verloren, da nicht nur die Vereinigte Stahlwerksdividende verstimmte, sondern auch die Bilanz einen sehr ungünstigen Eindruck macht. Gerade weil man überzeugt ist, dass sozialpolitische Momente hierfür mitbestimmend waren, wurde die Popularität der Montanaktien nicht erhöht. Nur der Tatsache, dass es noch immer unentwegte Optimisten gibt, die an einen Erfolg der heutigen Wirtschaftspolitik der Ruhrindustrie glauben, und deshalb zu den billigen Kursen kaufen, ist es zuzuschreiben, dass keine Verluste eingetreten sind. Immerhin waren Vereinigte Stahlaktien nach 53,5 bis 59% gebessert, sie gaben jedoch bald auf 56% nach. Phönix konnten von 51,5 auf 55,75% anziehen und notierten dann wieder 52,75%. Fest lagen im Zusammenhang mit der Farbenbewegung (die beiden Konzerne sind eng aktienmässig verknüpft) Rheinstahlaktien, die von 60,5 auf 68,75 anzogen und auf 66,75% leicht zurückgingen.

Ob die Börsentendenz weiter nach oben zeigen wird, ist natürlich eine offene Frage. Kommt es nur auf die Inlandstendenzen an, so liegen in den starken Kurssteigerungen gewisse Verlustgefahren. Verstärken sich aber die für die deutsche Wirtschaft günstigen Momente im Ausland, und das hat gute Gründe für sich, so könnten die Aufwärtstendenzen an den Effektenbörsen die Einleitung zu einem Wiederaufstieg im Wirtschaftsleben werden.

SPD. Die Klagelieder des deutschen Unternehmertums auf den Industrietagungen, Kundgebungen und Generalversammlungen der letzten Jahre erwecken allgemein den Eindruck, dass das Privatkapital in Deutschland auf dem letzten Loch pfeift. Dementsprechend wurden auch bei den Arbeitskämpfen die Schlichter von den Unternehmervetretern mit einer Flut von Klagen über den unerträglichen Steuerdruck, die Auspowerung der Betriebe und die gänzliche Unmöglichkeit jeglicher Kapitalbildung überschüttet. Ganz besonders ausgeprägt war dieses Verfahren bei dem Lohnkampf der Berliner Metallindustrie, wo die Unternehmer unter Führung des Siemenskonzerns glatt heraus erklärten, dass ihre Betriebe nicht mehr leben und nicht sterben könnten.

Schon der kürzlich veröffentlichte Jahresabschluss des AEG-Konzerns mit seiner noch hohen Dividende von 7% zeigte, was von diesen Behauptungen der Berliner Metallindustriellen zu halten ist. Noch viel besser aber als bei der AEG liegen die Verhältnisse im Siemenskonzern. Die Siemens & Halske A.G. zahlt für 1929/30 wieder ihre Rekorddividende von 14% und die Siemens-Schuckertwerke A.G. schüttet die für ein so schweres Krisenjahr noch sehr hohe Dividende von 7 1/2 gegen 10% im Vorjahr aus.

Die Gesamtumsätze im Siemenskonzern sind gegenüber dem Gesamtdurchschnitt in Deutschland nur in ganz geringem Umfang von 850 auf 800 Millionen Mark, also nur um 6% zurückgegangen. Wie bei der AEG. haben auch bei Siemens die Auslandsumsätze sich im letzten Jahr noch erhöht. Dabei ist aber die Belegschaft von 137 000 auf 113 000 Personen abgebaut worden und hat damit den Tiefstand von 1924/25 wieder erreicht. Allein in den deutschen Siemens-Betrieben, die im vergangenen Jahr noch 100 300 Mann beschäftigten, ist die Belegschaft um rund 20% bis auf 81 000 Mann verringert worden. Noch deutlicher aber wird diese verstärkte Ausbeutung der Arbeitskraft in den Siemensbetrieben durch die Feststellung, dass der Belegschaftsstand jetzt mit 113 000 Personen dem Tiefstand von 1924/25 entspricht, dass aber der Umsatz von 1924 bis 1930 von 500 auf rund 800 Millionen gestiegen ist. Jeder heute noch bei Siemens beschäftigte Metallarbeiter erzeugt also um 60% mehr als vor fünf Jahren. Dafür mussten ihm auch unbedingt 8% seines schon niedrigen Lohnes gekürzt werden.

Bei den Aufsichtsratsstantien ist dieser grösste deutsche Elektrokonzern weitaus spendabler, denn die rund zwanzig Aufsichtsräte bei beiden Siemens-Unternehmen erhalten für das letzte Geschäftsjahr die Bombentantieme von 780 000 Mark.

SPD. Die französische "Journée Industrielle" macht ausführlichere Mitteilungen über den von mehreren ausländischen Bankgruppen dem Deutschen Reich zu gewährenden Kassenkredit von 32 Millionen Dollar. Amerikanische, französische, englische, schweizer und holländische Banken haben sich danach bereit erklärt, zu Gunsten des Deutschen Reiches für 32 Millionen Dollar Vorzugsaktien der Reichsbahn, die der Deutschen Reichsangestelltenversicherung gehören, zu diskontieren und zwar zu einem Zinssatz, der zwischen 6 und 7% liegt. Die Fälligkeitstermine würden zwischen dem 1. Juli 1931 und Ende 1932 liegen. Ein Drittel der erforderlichen Gelder werde von der amerikanischen Gruppe, ein weiteres Drittel von der englischen Gruppe beschafft, die ihrerseits gewisse Anteile wieder an andere Länder abgeben würden, während sich der französische Anteil auf 5 Millionen Dollar belaufe. Die amerikanische Finanzwelt erwarte von der französischen Beteiligung an dem deutschen Reichskredit, durch die auch Frankreich die finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands erleichtern helfe, dass diese Anknüpfung freundlicher finanzieller Beziehungen zwischen den beiden Ländern auch die wirtschaftliche Erholung Europas im allgemeinen fördern werde.

SPD. In den weltwirtschaftlichen Konjunkturvorhersagen spielt die zukünftige Kauffähigkeit des chinesischen Riesenreiches immer eine sehr grosse Rolle. China ist jetzt in England, und zwar zum Ausbau seines Eisenbahnwesens, im grösseren Umfang auch als Auftraggeber erschienen. Zwischen der chinesischen und der englischen Regierung ist ein Abkommen über die Boxerentschädigung getroffen worden, das am 7. Februar im englischen Unterhause zur ersten Lesung kommt. Unmittelbar nach Annahme des Abkommens erteilt die chinesische Regierung Lokomotiven-, Waggon- und Schienenaufträge im Werte von 600 Millionen Mark, denen in den nächsten Jahren noch Aufträge von 800 Millionen Mark folgen sollen.

Kleines Geschäft.

(Berliner Getreidebörse vom 6. Februar.)

SPD. Die Notierungen am Markte der Zeitgeschäfte waren am Freitag gut be-
hauptet, jedoch blieb die Umsatzfähigkeit recht gering. Aehnlich lagen die
Dinge auch im Handel mit effektiver Ware. Das Angebot blieb recht klein. Die
Forderungen der Landwirte lauteten besonders für Weizen um etwa 1 1/2 Mark
höher. Hierzu zeigte sich keine Kaufneigung, vielmehr wollten die Mühlen und
Händler lediglich zu letzten Preisen Ware erwerben. Demzufolge konnten in
promptem Roggen und Weizen gleichfalls nur wenige Umsätze zustande kommen. Am
Mehlmarkt war eine leichte Belebung für Weizenmehl zu unveränderten Preisen
zu verzeichnen, beim Roggenmehl hielt die Zurückhaltung der Käufer an. Hafer
hatte stetige Tendenz. Das Angebot war reichlich, jedoch beschränkte sich die
Kaufneigung im allgemeinen auf feinere Qualitäten. Gerste hatte unverändert
ruhiges Geschäft.

	5. Februar	6. Februar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	265 - 267	265 - 267
Roggen	155 - 157	155 - 157
Braugerste	204 - 213	204 - 213
Futter- und Industrieroggen	190 - 204	190 - 204
Hafer	138 - 145	138 - 145
Weizenmehl	30,25-37,50	30,25-37,50
Roggenmehl	23,65-26,50	23,55-26,50
Weizenkleie	11,00-11,25	11,00-11,25
Roggenkleie	9,50-10,00	9,50-10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 278½ (Vortag 278½),
Mai 286½ - 286 Brief (286), Juli 289½ Geld (289½). Roggen März 174½ (174½),
Mai 181½-181½ (181½), Juli 182½ (182½). Hafer März 151½-152 (151½), Mai 159 -
159½ Geld (159½), Juli 165 (165).

Berliner Viehmarkt.

(6. Febr.)

SPD. Auf dem Berliner Viehmarkt vom Freitag waren die Angebote etwas ge-
ringer als auf den letzten beiden Märkten. Der kleinere Auftrieb auf dem Rin-
dermarkt ermöglichte ein ziemlich glattes Geschäft und im ganzen ergab sich
ein leichtes Anziehen der Preise. Der Kälbermarkt war im Gegensatz dazu zwar
ausreichend beschickt. Wenn auch das Geschäft verhältnismässig glatt vor sich
ging, so neigten die Preise doch eher zum Rückgang. Auf dem Schweinemarkt er-
gab sich bei allen Qualitäten eine leichte Erholung. Das Angebot genügte der
Nachfrage.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1-Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 36-41 (voriger Markt 34-39), b) 28-35 (27-33), c) 25-27 (24-25),
d) 20-24 (20-23), Kälber: a) - (-), b) 53-58 (54-60), c) 45-52 (45-53), d)
35-42 (35-42), Schweine: a) (über 300 Pfund) 49-50 (48-49), b) (240-300 Pfund)
49-50 (47-49), c) (200-240 Pfund) 48-50 (46-50), d) (160-200 Pfund) 46-48
(43-48), e) (120-160 Pfund) 42-45 (40-43), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen)
44-46 (43-44).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 6. Februar 1931.

Das Telegramm.^x

Von John K. Newnham.

SPD. Jimmy war zuerst darauf verfallen, aber es war trotzdem keine schlechte Idee. Wir hatten ihre Durchführung genauestens besprochen. Mich plagten durchaus keine Gewissensbisse. Wenn Leute einen für zwei oder drei Tage einladen und dann darauf bestehen, dass man mindestens eine Woche bleibt, so sind sie schliesslich selbst schuld, wenn sie hintergangen werden. Und ich kannte die Jacksons, die mich übers Weekend eingeladen hatten. "Sie werden mich nicht vor vierzehn Tagen weglassen!" jammerte ich, "und ich habe so viel zu tun."

In Jimmy's Antlitz kam ein Leuchten. Ich kannte das. Es bedeutete, dass ein Geistesblitz über ihn gekommen war.

"Wie wäre es mit einem Telegramm, das dich am Montag dringend abberuft?"

"Für die Jacksons wird nichts dringend genug sein..."

"So? Und wenn ich dir am Montag depechiere, dass es in deinem Büro brennt oder dass Einbrecher da waren, oder dass Zwillinge bei dir angekommen sind; ganz wie es dir beliebt..."

Zweifelnd betrachtete ich Jimmy. "Die Jacksons werdensicherlich Lunte riechen. Sie werden mich begleiten oder sonst was wollen. Was soll ich dann tun?"

Jimmy zuckte die Achseln. "Dieses Risiko musst du eben auf dich nehmen. Jedenfalls ist die Sache des Versuches wert, nicht wahr?"

"Nun... Ich kann mich doch auf dich verlassen?" sagte ich zaghaft.

"Selbstverständlich!"

Dabei blieb es. Am Sonnabend fuhr ich zu Jacksons. Nicht ohne Besorgnis. Da ich Jimmy nur zu gut kannte, wünschte ich, dass ich jemand anderen mit der Absendung des Telegramms betraut hätte. Er war berühmt wegen seiner Vergesslichkeit. Es blieb mir aber nichts anderes übrig, als das Beste zu hoffen.

Der Montagmorgen kam, und im stillen dankte ich Jimmy für seinen Einfall. Die Jacksons zeigten sich durchaus nicht geneigt, mich freiwillig fortzulassen. Würde Jimma das Telegramm schicken? In meinem Büro gab es massenhaft Arbeit.

Beim Lunch deutete ich Jackson an, dass ich, so leid es mir tue, mich am Nachmittag werde verabschieden müssen. Er winkte mir energisch ab. "Auf keinen Fall, alter Bursche! Nicht daran zu denken. Du musst noch zumindest einen Tag oder zwei hier bleiben. Muss er nicht, Liebling?" Und Frau Jackson nickte und betrachtete mich liebevoll. "Natürlich müssen Sie! Wir lassen Sie einfach nicht fort!" Ich verzagte und gab den Kampf auf. Alles hing nur von Jimmy ab.

Am Abend legte ich gegen Jimmy und gegen die Jacksons gleich freundliche Gefühle. Kein Telegramm war gekommen. Vielleicht ein niedriger Racheakt Jimmys, den er dann mit seiner allbekannten Vergesslichkeit bemänteln würde....

Es kam der Dienstagmorgen. Noch immer kein Telegramm. Blieb also nichts übrig, als ins Dorf zu gehen und selbst eins an mich aufzugeben. Nach dem Frühstück sagte ich zu Jackson, dass ich im Dorfe einige Besorgungen machen möchte. "Ausgezeichnet!" erwiderte er, "ich begleite dich; auch ich muss Verschiedenes einkaufen!" Ich seufzte. Alles war verloren. Ich dachte gerade nach, ob ich Jackson ermorden oder ihm heimlich entfliehen sollte, als es an die Türe pochte. Frau Jackson ging öffnen. Sie kam mit einem gelblichen, zusammengefalteten Papier zurück. "Ein Telegramm ist für Sie gekommen", sagte sie.

Mit zitternden Händen griff ich nach der ersehnten Depesche, indem ich

nich moralisch ohrfeigte, weil ich an Jimmy gezweifelt hatte. Er hatte die Nachricht gut stilisiert: "Heimkommet sofort! Büro erbrochen. Kassa ausgeraubt." Die Depesche war zwar nicht unterschrieben. Aber sie genügte mir. Wortlos reichte ich sie Jackson.

In fröhlichster Laune begab ich mich zur Bahn, und einen Schlager vor mich hinsummend stieg ich in London aus. Der Plan war gelungen. Doch ein anständiger Bursche, dieser Jimmy. Wenn ich ihn jetzt treffen würde, könnte er mich mit Erfolg anpumpen.

Und ich traf ihn. Gerade vor dem Stationsgebäude. Entgeistert starrte er mich an. "Grosser Gott!" rief er aus, "tut mir aber furchtbar leid. Jetzt habe ich also doch nicht an diese verdammte Depesche gedacht! Aber, wie ich sehe, hast du dich auch ohne meine Hilfe aus der Affäre gezogen...."

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Leo Korten.)

Rom als kulturelle Hauptstadt.^x

SPD. Rom ist als Hauptstadt des geeinten Italien um die gleiche Zeit (1871) entstanden wie Berlin als Hauptstadt des Deutschen Reiches. Aber Berlin ist jung, und Rom hat die Geschichte und Denkmäler der Jahrtausende. Es gibt das Rom der antiken Kaiser, der mittelalterlichen Päpste, der Renaissance und der Neuzeit. Nun soll es das Rom Mussolinis werden. Ein neuer Stadtbauplan ist jetzt vorgelegt. Rom soll in Plan und Bauten innerhalb 15 Jahren die glänzendste Millionenstadt, soll auf jedem Gebiete die einzige kulturelle Hauptstadt Italiens werden. Bis zum nahen Meer (nach Ostia hin) und bis zu den Bergen der Albaner und Sabiner soll es sich, mit schnellen und bequemen Verbindungen, auf 13 000 Hektar Oberfläche erstrecken. Untergrundbahnen sollen gelegt werden, ohne dass man an die besonderen Schwierigkeiten dieses durch Katakomben und Ruinenreste unterhöhlten Bodens denkt. Ganze neue Strassenzüge sollen die alten Hauptstrassen des Zentrums vom Verkehr entlasten. Die historischen Schönheiten müssen und sollen dabei gewahrt werden, wenn auch dabei Befürchtungen am Platze sind. In zwei Jahrzehnten soll Raum für mehr als zwei Millionen Einwohner da sein, obgleich Rom heute noch nicht ganz die erste Million erreicht. Aber das ist die Rechnung und der Wille Mussolinis, grossmächtig und voll phantastischer Versprechungen, wie stets. Es geht um den Ehrgeiz, dem Antlitz der Ewigen Stadt sein Wirken auf Jahrhunderte hinaus einzuprägen. Nur, woher für die Erfüllung dieses Ehrgeizes das ungeheuer viele Geld in dieser allgemeinen Pleite kommen soll, davon ist nirgends etwas gesagt. Das Parlament, das nächstens diesen Plan der von Mussolini eingesetzten Kommission zum Gesetz erheben soll, wird es zu allerletzt wissen.

Aber lassen wir hier einmal beiseite, was Plan ist, und was noch längst nicht Wirklichkeit ist. Beginnen kann man. Um das Ende weiss niemand. Das Problem Roms als kulturelle, und nicht nur als politische, Hauptstadt des Landes bleibt eins der interessantesten Zeitprobleme. Der politische Zentralismus, der hier bis zur übersteigertsten Form der Allmacht des Staates geht, räumt auf mit dem auch in Deutschland nur zu gut bekannten Begriff des Partikularismus, der eigenstaatlichen und provinzlerischen Eigenbrötelei. Allerdings gehen dabei wohl auch der wichtige kulturelle Partikularismus, die eigenen und selbständigen Bestrebungen auf kulturellem Gebiete verloren. Sie haben für Italien im Wettstreit der vielen kleinen und grossen Residenzen Werte von Weltruhm geschaffen. Und noch heute ist ein grosser Teil der Literatur aus dem Geiste der Provinz und der ihr innewohnenden Kräfte geboren. Rom hatte deshalb weit weniger freie Energien und Möglichkeiten, die kulturelle Hauptstadt zu werden. Denn es war und ist, im Gegensatze zu Berlin, schwer belastet von eigenen Traditionen. Es war und ist, ähnlich wie Berlin, heftig bestritten von den Traditionen der anderen Städte, die sich mindestens ebenso viel dünk-

ten. Die Zentralen des Nordens und Südens, Mailand und Neapel, sind ja sogar heute noch volkreicher als die Hauptstadt. Aber mehr noch als die Zahl wirkte ausgesprochen hauptstädtischen Bestrebungen der bisher unausrottbare Stolz jenes kulturellen Partikularismus entgegen, wie ihn im 20. Jahrhundert nur noch Deutschland in solcher Ausprägung kennt und hat. Der Kampf um die kulturelle Vorherrschaft unter den Städten des Deutschen Reiches, eine Vorherrschaft, an deren Spitze einst München sich stellen zu können glaubte, ist das historische Gegenstück zum kulturellen Kampfe der grossen Städte Italiens. Und es ist erwachsen aus fast gleichen historischen Bedingungen.

Aus diesem Entwicklungsprozess heraus erklärt sich z.B. auch das immer noch mittelalterliche Theaterwesen der ewig herumziehenden Wandertrupps, die, um zu gelten und zu leben, sich keineswegs mit der Geltung in der Hauptstadt zufrieden geben konnten. Für das Theater wie für alle Kunst- und Kulturgebiete gab es bisher keine einzige und einheitliche Hauptstadt. Jede grössere Stadt fühlte sich mindestens ebenso als Hauptstadt wie Rom. Und eine Stadt wie Mailand konnte und kann noch heute entscheidender darin sein als die Hauptstadt. Aus einem sehr einfachen, aber Ausschlag gebenden, einem wirtschaftlichen Grunde. Denn Mailand ist die Hauptstadt der italienischen Industrie. Es ist reicher und konsumkräftiger als Rom, das eine Beamten- und Aristokratenstadt bleibt, sich mehr als je, nach dem Willen Mussolinis, gegen jede grosse Industrialisierung sträubt. Deshalb ist es auch unverständlich, wie sie in zwei Jahrzehnten zwei Millionen Menschen ernähren soll. Ohne die Industrie können in heutiger Zeit doch nicht alle entscheidenden Kräfte des Landes an einem Punkte zusammenströmen, wie das in Berlin oder Paris oder London geschehen ist. Die politisch-kulturelle Tendenz soll deshalb mit aller Gewalt zur stärkeren gemacht werden. Wenn bisher wichtige kulturelle Zentralen (wie z.B. die Genossenschaft der Autoren und Komponisten) sehr natürlicherweise ihren Sitz in Mailand oder jedenfalls anderswo als in Rom hatten, so ruft sie höherer Befehl einfach nach der Hauptstadt. Die Abhängigkeit, in der heute jede wirtschaftliche wie kulturelle Bewegung von der überzentralisierten Regierung ist, zwingt alle auch zur Abhängigkeit vom Sitze der Regierung. Jeder muss für die Vertretung seiner Interessen in Rom sorgen. Auf solche Art wird die Bedeutung der Hauptstadt ständig erhöht. Italien soll, nach dem Willen seiner Machthaber, noch in seinen fernsten Winkeln nicht anders nach Rom, als der Stadt aller Entscheidung, hinschauen, wie Frankreich nach Paris, England nach London, Deutschland nicht ganz so nach Berlin.

Der Partikularismus der Einzelstaaten und der Provinzen konnte einmal fruchtbar im Kulturellen sein. Aber im Politischen ist er zweifellos völlig überaltert und kann geradezu gefährlich werden. Hier musste auch in Italien, nach dem natürlichsten Entwicklungsgesetze der Zeit, eine Umkehr erfolgen, gleich, unter welcher politischen Flagge. Schon vor dem Faschismus begann die Umkehr. Unter ihm wird sie insofern übersteigert und verkrampft, als jedes freie Selbstverwaltungsrecht der einzelnen Städte und Provinzen aufgehört hat. Das ist nicht mehr Einheitlichkeit des Reichs, sondern Versklavung seiner Städte und Provinzen. Die Umkehr ist zu radikal erfolgt. Es soll sozusagen mit einem Schlage alles anders werden. Das faschistische Italien will sich jetzt erst richtig seine Hauptstadt formen. Man denkt sie sich leicht gar zu grossartig. Wahrscheinlich übernimmt man sich dabei. Das Ganze soll gar zu betonter Wesensausdruck eines neuen imperatorischen Willens werden, während es schon seine schön und vollendet geprägte Wesenheit hat. Gewiss stand, und steht zum Teil noch, Rom vor dem Problem: Museum der Fremden zu bleiben oder wirbelnde Hauptstadt Italiens zu werden. Und es ist natürlich, dass man sich, ohne gar zu viele "romantische" Sentimentalitäten, für das Recht der Lebenden entscheidet, ohne den Toten die gebührenden und vielfach betonten Ehren zu verweigern. Aber die Gefahr besteht, dass die grossen Baupläne gar zu pompös, zu anreisserisch protzend für dieses einzigartige Stadtgefüge werden.

Im übrigen muss man gerecht sein: Italien fühlt sich, mit dem besonders empfindlichen Stolz des Neuen, nach dem Kriege unter die Grossmächte einge-

reicht. Fast jede grosse Nation fühlt die unabweisbare Notwendigkeit, in der politischen Hauptstadt schliesslich auch die kulturelle zu finden, Einheit, Zentrum, gesicherten Sammelpunkt ihrer geistig-künstlerischen Bestrebungen, Beispiel und Vorbild, ohne dass die wichtigen Sammelbecken aller Kräfte in den Provinzen des Reiches darunter Schaden zu leiden brauchen. Diese grosse Bewegung des 20. Jahrhunderts hat an sich nichts mit der faschistischen Bewegung zu tun. Rom gelangt damit nur, wenn auch langsam, an das Ziel des neueren geschichtlichen Werdeprozesses.

Johannes Ladbeck.

Des grossen Friedrich Musik.^x

SPD. Friedrich im Kreise seiner Kapelle beim Flötenspielen in Sanssouci. ist ein Gericht, das dem deutschen Spiessbürger mit Vorliebe serviert wird. Dieser gemütvollen Stilisierung immer neue Nahrung zuzuführen, bleibt Aufgabe Hugenbergscher Filmbetätigung. Immer neue Legenden dem grossen König... zur Hebung deutschen Untertanengeistes! Her - die gute alte Zeit, auf dass euch ein neuer König die Flötentöne bebringe!

Wie sah aber in Wirklichkeit dieses schöne Bild von Sanssouci aus? Friedrich hielt sich zu seiner Privatbelustigung eine Musikkapelle. An dieser friderizianischen Musikpflege durfte das Bürgertum seiner Zeit überhaupt nicht teilnehmen! Nur ganz auserwählte, getreue Musici hatten das erhabene Vergnügen, den dilettantischen königlichen Flötisten auf ihren Instrumenten zu begleiten. Selbst dem Berliner Hofkapellmeister Reichardt war es nur einmal unter den grössten Schwierigkeiten möglich, zu diesen Konzerten als Zuhörer Einlass zu erlangen. - Manchmal wurde der Kreis etwas breiter gezogen und auch die Hofclique zu den Veranstaltungen eingeladen. Den königlichen Kammermusicis war es andererseits verboten, geschlossen in der Öffentlichkeit aufzutreten und Konzerte zu geben. - Also eine bewusst höfische Musikpflege, kredenzt den Auserwählten der Nation! -

Friedrich bezahlte seine Kammermusicis, und für die 300 Reichstaler jährlich, die so ein geplanter Musicus durchschnittlich als Lohn erhielt, hatten sie nur ihm zur Verfügung zu stehen. Mitten in der Nacht liess er sie manchmal zusammenholen, wenn es ihm gefiel, einer plötzlichen Laune nachzugeben. Im Kriege musste der alte Bendz - oder war es Quantz? - bei nasskaltem Wetter ins Feldlager nach Schlesiens reisen, hatte einige Stücke zu spielen und wurde dann wieder nach Hause geschickt.

Grosszügig sorgte Vater Fritz für seine Lieblingskinder! Statt baren Geldes gab er ihnen im Siebenjährigen Kriege Besoldungsscheine, die nicht einmal ein Fünftel des regulären Wertes hatten. "Das Unglück stieg aufs höchste", berichtete Zelter aus dieser Zeit. Nach dem siegreich beendeten Kriege erwartete man, dass der König diese Verluste ersetzen würde. Als nichts dergleichen geschah, ging Philipp Emanuel Bach aus Ärger darüber nach Hamburg. - Während der grosse König sich so einen feinen Sinn für den Wert des Geldes bewahrte, wurden die Untertanen bereits damals mit schlechter Valuta geprellt.

Auf dem Gebiete des Opernwesens lagen die Dinge ähnlich. Das Volk war von jeglichem Musikgenuss ausgeschaltet. Nur eine kleine Schar Begünstigter hatte Zutritt zu den Operaufführungen. Es existierte nämlich ein Befehl des Königs, dass das Parterre des Opernhauses für den Hof und die Generalität frei zu bleiben hätte; die beiden unteren Ränge durfte nur das Personal der Ministerien einnehmen, und der dritte Rang allein war für Bewohner der Stadt Berlin bestimmt. - Alle Anwesenden mussten den Vorstellungen stehend beiwohnen. Nur für den König und seinen Hof gab es zwei Reihen Lehnssessel. Man darf aber nicht glauben, dass das Opernhaus, wie in heutiger Zeit, täglich geöffnet war. Gewöhnlich wurde nur zum Karneval gespielt. Einige wenige Bevorzugte aus dem Bürgertum hatten also im Grunde genommen nur das Vergnügen, sich

im friderizianischen Berlin eine Oper anzuhören. Denn Billette gegen Eintrittsgeld gab es nicht. Ins Opernhaus Einlass zu erhalten - auf andere Weise, als Fridericus es wollte -, war unmöglich. Für das Volk gab es keine Oper, gab es keine Musik. Lange nach Friedrichs Tode - am 5. August 1789 - wurde das Opernhaus zum ersten Male gegen Eintrittsgeld geöffnet, - auf Bitten des durchreisenden Dittersdorf. Die Bitte wurde mit dem Vermerk gewährt, dass aber dies das einzige und letzte Mal sein sollte.

Das Bürgertum, besonders das kapitalkräftige, wusste sich auf andere Weise zu helfen. Es gründete musikalische Gesellschaften und Konzertvereinigungen. Vor hundertachtzig Jahren wurde der Grundstein zu unserm heutigen Konzertwesen gelegt. Während nämlich Fridericus in Sanssouci die Flöte blies, versammelten sich die Vorfahren Hugenbergs jeden Sonnabend zu den Konzerten der musikübenden Gesellschaft im "Englischen Garten" oder gingen zu den Konzertveranstaltungen eines Benda und Bachmann.

Die Flötenkonzerte von Sanssouci bedeuten eine Periode streng abgeschlossener höfischer Musikpflege. Zur Privatunterhaltung des egozentrischen Monarchen war die königliche Kapelle da; zu seiner Belustigung schrieb Quantz Flötenkonzerte. Fridericus und den Herren von und zu ... stand das Opernhaus offen. Und den Untertanen ...? Den Untertanen - die Knüppelmusik aus Potsdam! - - -

Berliner Theater.

SPD. Aus Berlin wird uns geschrieben: In einer psychoanalytischen Doktorarbeit müssten einmal die Ursachen der immer wieder beobachteten merkwürdigen Blindheit der dramatischen Autoren gegenüber der unerschöpflichen Fülle an Komödienstoffen in unserm täglichen Erleben untersucht werden. Zum Glück für die Dramatiker gibt es in der Weltliteratur eine Anzahl Stoffe - wir erlebten das erst kürzlich an der "Elisabeth von England" -, die immer aufs neue zur Bearbeitung reizen. Dazu gehört auch die altgriechische Amphitryon-Sage, aus der Kleist eins der feinsten ernstesten Lustspiele geformt hat, die wir besitzen. Der bereits als eifriger Anhänger der Völkerverständigung und als heftiger Bekämpfer des Systems Poincaré bekannt gewordene französische Schriftsteller Jean Giraudoux hat neuerdings diese Sage - wie er selber im Titel seiner im "Theater in der Stresemannstrasse" zur deutschen Uraufführung gelangten Komödie "Amphitryon 38" mit philologischer Gewissenhaftigkeit andeutet - zum 38. Male behandelt. Es ist - man kann wohl sagen: natürlich - ganz und gar kein klassisches Drama, vielmehr eine durchaus moderne Pariser Komödie im altgriechischen Kostüm daraus geworden. Die Sage von der Liebesnacht des Götterkönigs Jupiter mit der keuschen Alkmene wird hier mit graziöser, liebenswürdiger, Frivolität und mit der ganzen modernen Psychologie der Erotik in einem geistvollen, von überraschend treffenden Einfällen blitzenden, nur etwas zu breit ausgesponnenen Dialog verlebendigt. Dabei hat das Werk eine Gedankentiefe, wie sie sonst nicht gerade die Leichtigkeit der französischen Komödie zu beschweren pflegt. Nur die Elemente der mythologischen Sagenwelt wollen mit der realistischen Grundhaltung des Stückes nicht ganz harmonieren. In der Figur der Alkmene hat Giraudoux eine der anmutigsten und echtsten Frauengestalten der dramatischen Literatur geschaffen. In der Verkörperung dieser Rolle erwies sich Elisabeth Bergner aufs neue als einmaliges Wunder unter den Darstellerinnen der Gegenwart.

Um die Amphitryon-Sage, wie es Giraudoux im Grunde vorschwebt, zu einer reinen Offenbachiade zu gestalten, wären wohl der freche Witz und die in ihrer Illusionslosigkeit und heiteren Gelassenheit bezaubernde Skepsis eines Tristan Bernard erforderlich gewesen. Von diesem Autor lernten wir in den "Kammer spielen" die Komödie "Jules, Juliette, Julien" kennen. Jules, ein knickeriger

Geschäftsmann, hat Juliette, ein romantisch-sentimentales, liebebedürftiges junges Mädchen geheiratet und benutzt die Hochzeitsreise als bequemen Vorwand für eine einträgliche Geschäftsreise. Kein Wunder, dass die vernachlässigte Juliette einen Fehltritt mit dem jungenhaft gefühlsseligen Fliegerleutnant Julien begeht. Aber dieses Erlebnis lässt die beiden Ehegatten erst sich richtig finden. Szenisch ist das Stück nach ältestem Schema gearbeitet. In der Charakterisierung der drei Hauptpersonen jedoch, in der psychologischen Motivierung ihres Verhaltens, im Episodenbeiwerk, in der Individualisierung der Ausdrucksweise zeigt sich die Meisterhand eines Komödiendichters, der auch ein grosser Menschenkenner ist.

Inzwischen ist man in den "Kammerspielen" ganz mondän geworden. In der dort zur Uraufführung gelangten Komödie "Pariser Platz 13" von Vicki Baum ist nicht die Handlung die Hauptsache, sondern das Milieu: ein mit allem Raffinement ausgestatteter Schönheitssalon für die Damen der "allerbesten" Gesellschaft. Die geschilderte Liebesbehandlung zwischen der Leiterin dieses Instituts und einem netten, flachen jungen Mann ist etwas unwahrscheinlich und überpikant und leicht kitschig, aber die Verfasserin ist offen genug, diese Kitschigkeit als bewusst und sogar beabsichtigt anzudeuten. Die Darstellung des geschäftigen Betriebes in dem Schönheitssalon, der dank der geschickten Regie von Gustav Gründgens und der Mitwirkung eines ausgezeichneten Ensemble überaus eindrucksvoll veranschaulicht wurde, hat wohl einen Stich ins Snobistische, geschieht jedoch mit so viel drastischem Witz und kluger Lebensbeobachtung, dass sogar ein Ansatz zu sozialer Satire hindurchschimmert.

Das Ueberangebot an solcher parfümierten dramatischen Boulevardliteratur hat neuerdings immer stärker den Wunsch nach guten Volksstücken wach werden lassen. Leider wird dieser Zweig der dramatischen Dichtung von den Autoren unserer Zeit noch arg vernachlässigt, und man darf deshalb mit umso grösserer Spannung dem "Hauptmann von Köpenick" von Carl Zuckmayer entgegensehen, dessen Uraufführung demnächst im "Deutschen Theater" erfolgen soll. Einstweilen hat man im Staatlichen "Schiller-Theater" auf den unverwüstlichen Alt-Berliner Posendichter David Kalisch zurückgegriffen und seine Gesangsposse "100 000 Taler" in einer zeitgemässen Neubearbeitung herausgebracht. Das Stück gehört zu den bestgelungenen, dramatisch wirksamsten und volkstümlichsten Arbeiten seines Verfassers und vermag mit seinem saftigen Humor, seiner urwüchsigen Frische und der Echtheit seines Milieus auch heute noch in flotter, launiger Wiedergabe Zuschauern wie Darstellern eine fröhliche Unterhaltung zu bieten.

Ein bemerkenswertes Ereignis war endlich noch die Aufführung des Operneinakters "Spiel oder Ernst?" von E.N. von Reznicek in der Staatsoper Unter den Linden. Eine Opernprobe zu Rossinis "Othello" wird hier geschildert. Um in dem Tenor, der die Titelrolle verkörpert, die nötige Leidenschaft der Darstellung zu erwecken, verrät ihm der rachsüchtige, kurz vorher bei der Gattin des Tenors abgeblitzte Korrepetitor, dass eben diese Desdemona ihren Gatten mit dem Bassisten betrügt. Der zur Rede gestellte Bassist weiss jedoch dem eifersüchtigen Othello einzureden, dass alles nur Spiel gewesen sei, um den Tenor zu der von der Kritik als fehlend bemängelten echten Leidenschaft bei der Verkörperung seiner Rolle fortzureissen. Reznicek hat feine musikalische Einfälle, weiss die Personen humorvoll zu charakterisieren, einen sinnlichen Klangreichtum zu entfalten, einen wirksamen Ensemble- und Orchestersatz zu schreiben und allerlei prickelnde Instrumentalscherze anzubringen. Freilich ist das üppige Raffinement dieser Opernpartitur nur das Erzeugnis eines geistreichen Verstandes. Früher wusste man mindestens die gleichen humoristischen Wirkungen mit erheblich einfacheren Mitteln zu erreichen, wenn man über eine so unerschöpfliche musikalische Phantasie verfügte, wie sie Offenbach in dem hinterher gegebenen charmanten Singspiel "Die Verlobung bei der Laterne" bewährt. Bz.

Der neue Gutenberg.^x

SPD. Wenn man in dem stillen, nach denschweren Jahren der Besetzung so unkarnevalsmässig stillen und ernstesten Mainz durch die Strassen geht, dann trifft man mitunter einen sonderbaren und interessanten Herrn. Immer hat er eine dicke Aktenmappe unter dem Arm, ist eilig und geschäftig; seine Augen leuchten, und begeistert erzählt er allerhand neue Ideen und Pläne mit einem Feuer, das ansteckt. Er ist von undefinierbarem Alter, ein ewig Junger, der über seine Pläne und Vorhaben ebenso stolz und zufrieden lächelt wie Jungens, die eine Schindluderei aushecken. Er stülpt seine Mappe um, und die Ansätze zu seinen vielen Unternehmungen fallen greifbar in Form schön gedruckter Prospekte heraus. Da zieht er den "Tempel der Letter" auf; da sind Entwürfe zu einer grossen Jubiläums-Goethe-Ausgabe; da wettet er gegen die Mainzer, dass sie über dem Grabe Gutenbergs anstelle eines Denkmals eine Bedürfnisanstalt stehen haben: "Ein Pavillon unter schattigen Platanen schmückt in Mainz den Platz, den einst die alte Franziskanerkirche umfasste. Innerhalb deren überpflasterten Grundmauern ruht Johannes Gutenberg, durch Nachforschung noch niemals gestört." Da liest er einem die jüngste Szene aus einem Drama vor, das er dichtet, und vor dem er das Manuskript gleich in selbstentworfenen, kunstvollen Lettern auf ausgezeichnetes Papier drucken lässt. Da kämpft der Leiter der "Ernst Ludwig-Presse" jetzt auch für die "Mainzer Presse", die sich gleichfalls bemüht, künstlerisch wertvolle Drucke herauszubringen.

Dieser von Ideen und Arbeit sprühende Mann ist der "Letternprofessor", ist Christian Heinrich Kleukens, der neue Gutenberg in Mainz, der sich hier zwischen leidigen Finanzsorgen und kleinbürgerlicher, magistratlicher Enge herumschlägt wie ein Berserker für die qualitative Hebung des deutschen Buchdruckes.

Die Bewegung, die sich gegen die ästhetische Verflachung des Massendruckes richtet, ist ja schon zwei, drei Jahrzehnte alt, und sie hat es bereits erreicht, dass sich das allgemeine Niveau wieder gehoben hat. Trotzdem ist noch manches besser zu machen, und deshalb ist es erfreulich, dass auch in dieser schweren Notzeit für den deutschen Buchdruck diese Bewegung nicht abgebrochen worden ist und auch heute ihre temperamentvollen Verfechter hat. Es ist vielleicht kein Zufall, dass diese Interessen gerade von der Gegend ausgegangen sind, die auch das Ursprungsland der ersten europäischen Drucke gewesen ist. Offenbach, Darmstadt und Mainz waren hier mit tonangebend und haben vieles für die moderne Letter, das moderne Buch und seinen Einband getan. Welcher Bücherliebhaber kennt nicht die guten und schönen Drucke der Darmstädter "Ernst Ludwig-Presse", deren spiritus rector eben dieser Letternprofessor war und ist; der nun in Mainz haust und dort die "Mainzer Presse" leitet, die gleichfalls nur Qualitätsarbeit erzeugt. Aber Professor Kleukens begnügt sich nicht nur damit, ein gutes Vorbild zu sein; er fährt allüberall, wo sein Handwerk blüht, mit Donner und Schwert dazwischen. Gegenwärtig streitet er sich mit den Mainzern über ihren grössten Sohn, über Gutenberg. Die geborenen Mainzer selbst haben nie sonderlich viel mehr für ihren weltberühmten Mitbürger getan, als sich in seinem späten Glanze zu sonnen. Der erste, der überhaupt etwas für Gutenberg in Mainz tat, war - Napoleon. Das klingt im ersten Augenblicke sonderbar. Wer jedoch weiss und vielerorts heute noch sieht, wie der grosse Korse auch über seine Schlachtfelder hinaus mit offenen Augen in die Welt blickte, der wird sich auch darüber nicht mehr wundern. Napoleon dekretierte, dass Mainz seinen grössten Sohn gebührend zu ehren, eine Strasse nach ihm zu benennen und ihm ein Denkmal zu errichten habe. Von da ab erst setzt in Mainz das Gedächtnis an Gutenberg ein. Schon der verdienstvolle Leiter des Gutenberg-Museums, Direktor Dr. Ruppel, hat wiederholt in Wort und Schrift darauf hingewiesen, dass es eine Ehrenpflicht der Stadt Mainz sei, nach dem Grabe Gutenbergs zu forschen, über dessen mutmasslicher Stelle heute der berüchtigte

"Pavillon" steht. Da jedoch mit den Mainzern nicht allzu viel in diesem Streit anzufangen ist, so hat Kleukens auf der letztjährigen Tagung der Weimarer Bibliophilen in Bremen den "Tempel der Letter" gegründet.

Im Jahre 1940 werden fünfhundert Jahre seit der Erfindung des Lettern-gusses verflossen sein. In jenem Jahre - Kleukens arbeitet auch auf lange Sicht - soll die Einweihung, zum mindesten aber die Grundsteinlegung "in Gegenwart der offiziellen Vertreter der Völker und Nationen" erfolgen. Vorher aber soll noch eine andere Sache steigen: eine "Goethe-Jubiläums-Weltausgabe". Fünfzig Bände soll sie umfassen. In jedem Jahre - von 1932 ab - sollen fünf Bände erscheinen. Eine besondere Goethe-Letter soll den Druck auf ausgesuchtem Papier besonders auszeichnen. Das Goethe-Archiv in Weimar hat seine Mitwirkung bereits zugesagt und will die Textredaktion, die sich auf die neuesten Ergebnisse der Forschung stützen wird, übernehmen.

Das sind die grösseren Kostproben aus der Ideenmappe Kleukens'. Er hat aber noch einen ganzen Schwung anderer. Die Mainzer lächeln über so viel Betriebsamkeit und über den Mann, der sich wochenlang in die Arbeit an einer Idee vergräbt, wenn man ihm auch nur drei Stunden bezahlt. Kleukens ist zum mindestens ein grosser Anreger, ein Mensch, der andere ungeheuer begeistern kann. Man sollte ihn nicht in Mainz verrostet lassen! Mario Mohr.

SPD. In der Moskauer Leihbibliothek.^x "Towarisch Bibliothekar, ich möchte ein Buch..."

"Willst Du ein klassisches Werk?"

"Nein, danke..."

"Vielleicht ein wissenschaftliches Buch?"

"Auch nicht!"

"Ein Propaganda-Werk?"

"Nein, nein, ich möchte etwas anderes..."

"Etwas anderes? Aber was denn?"

"Nun, ich möchte ein Buch, ... ein Buch, in dem die Wirklichkeit schöner und angenehmer gestaltet ist..."

"Bedaure", erwidert der Bibliothekar trocken, "den Fünfjahresplan und unsere amtlichen Statistiken leihen wir nicht aus..."

SPD. Ein tiefes Buch.^x In einem literarischen Kreise in England unterhielt man sich über die Werke eines Kollegen, von dem man behauptete, er gehöre keinesfalls zur Literatur, sondern zur Kolportage. Shaw mischte sich ein: "Alles in allem haben Sie gar nicht unrecht, meine Herren. Aber vergessen Sie nicht, dass W. auch ein wirklich tiefes Buch geschrieben hat."

"W. soll ein tiefes Buch geschrieben haben? Welches soll denn das sein?" empörten sich die Kollegen.

"Hundert Meilen unter dem Meeresspiegel", erwiderte Shaw, sorgfältig seinen weissen Bart streichend. "Oder ist Ihnen das noch nicht tief genug?"

SPD. Emil Ludwig amerikanischer Ehrendoktor. Die Staatsuniversität von New Jersey hat Emil Ludwig zu seinem 50. Geburtstag die einstimmig beschlossene Verleihung des Ehrendokortitels mitgeteilt. Die formelle Überreichung des Diploms kann statutengemäss erst im Juni erfolgen. Emil Ludwig ist der vierte deutsche Ehrendoktor einer amerikanischen Universität seit 1914.

Deutscher Reichstag

18. Sitzung vom 6. Februar, 3 Uhr

SPD. Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Stolper (Staatsp.): Entscheidend für die weitere Gestaltung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist es, dass dieser Etat nicht nur eine Mehrheit, sondern eine grosse Mehrheit findet. Die Abstimmung über diesen Etat muss das Vertrauen des deutschen Volkes und der Welt zu Deutschland bekunden. Die deutsche Krise ist nicht auf die Weltwirtschaftskrise allein zurückzuführen, denn sie ist schon vor der Weltwirtschaftskrise ausgebrochen. Wir werden deshalb von der Weltkrise mehr getroffen, weil wir mehr als alle Länder auf auswärtige Kredite angewiesen sind. Wir haben mit dem Aufbau der deutschen Wirtschaft erst 1924 nach der Inflation beginnen können. Zunächst wurden erst die vorher verschleierte wirtschaftlichen Tatbestände enthüllt. Dann erhielten wir 1925 als Beweis des wieder erwachten Vertrauens zur deutschen Wirtschaft einen ungeheuren Zufluss ausländischen Kapitals. Das hat uns zu einer Ueberschätzung unserer Verhältnisse geführt. Wir hatten mehr Kredit aufgenommen, als einer so komplizierten Wirtschaft wie der deutschen angemessen war. Als Anfang 1928 der Zustrom des Auslandskapitals stockte, da begann die deutsche Wirtschaftskrise. Mit dem monotonen Hinweis der Nationalsozialisten auf die Tributlast ist gar nichts getan. Mit ihren unmöglichen Rezepten gegen Zinsknechtschaft haben die Nationalsozialisten jetzt Sukkurs erhalten durch Geheimrat Hugenberg mit seinen Helfferich-Mark-Plänen. Es ist erstaunlich, dass ein Mann, der immerhin einmal im Krupp-Konzern eine führende Stellung hatte, diese unverständigen Dinge vorbringen und doch noch in seinen Kreisen als wirtschaftliche Autorität gelten kann.

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) richtet wie immer heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten und erhält zwei Ordnungsrufe.

Abg. Joos (Ztr.): Wir haben zwar verschiedene Redner der Opposition gehört, aber wir haben aus den Oppositionsreden keinen neuen Gedanken gehört, nicht einmal ein neues Schimpfwort. Wir haben gestern gespürt, dass nicht jede Stimme des Volkes Stimme ist, von Gottes Stimme gar nicht zu reden. Wenn Dr. Goebbels vom Reichskanzler hören wollte, warum diese Krise da ist, so sollten die Nationalsozialisten einen neuen Sprechchor einführen: "Goebbels erwache!" (Sehr gut! im Ztr.) Wenn Goebbels nicht geschlafen hätte, dann hätte er oft genug hören müssen, was der Kanzler darüber gesagt hat. Jeder einfache Mann aus der Arbeiterschaft könnte Herrn Dr. Goebbels ein Kolleg über Volkswirtschaft lesen. (Lärm b.d. Nat. Soz. - Abg. Heines (Nat. Soz.) erhält wegen eines unparlamentarischen Zurufs einen Ordnungsruf). Herr Goebbels sagt, die Nationalsozialisten könnten es erst besser machen, wenn sie die Macht haben. Ach, viel wichtiger wäre es, dass sie erst den Verstand haben. (lebh. Beifall i. Ztr.) Der Reichskanzler hat mit seiner nüchternen, zielklaren Politik das Vertrauen der gesund empfindenden Mehrheit des Volkes für sich. (Lärm b.d. Nat. Soz. - Präs. Löbe ersucht die Nationalsozialisten wiederholt um Ruhe und droht im andern Falle schärfere Ordnungsmassnahmen an). Das Volk ist dem Reichskanzler dankbar dafür, dass er Deutschland bewahren will vor dem Regiment von Dilettanten. Herr Hugenberg dagegen sagt selbst von dem Weg, den er das deutsche Volk führen will: "Sollten wir uns heil aus dieser Hölle herausretten..." Ein Gesinnungsfreund von ihm, ein anderer politischer Experimentator, will sogar die Rheinprovinz opfern, um das übrige Deutschland zu retten. (Lärm rechts u. Rufe: "Wer ist das?") Das ist Thyssen (Hört! Hört! und Unruhe). Der deutschnationale Abg. Dr. Döhring leidet an einer unheilbaren Sache, an dem antirömischen Affekt. Als er von Dr. Brauns gefragt wurde, worauf sich seine Angriffe gegen ihn stützten, berief er sich auf eine Wallraf-Rede mit einem Brauns-Zitat aus dem Jahre

1919. Dieses Zitat stimmte nicht einmal. (Hört!Hört!) Dr.Döhring trat für die Politik des Entweder=Oder ein und wandte sich gegen den goldenen Mittelweg, zu dem der Reichskanzler die nationalen Kräfte unseres ganzen Volkes zusammenfassen will, wie das den Staatsmännern in anderen Ländern gelungen ist. Die Mahnung zum goldenen Mittelweg ist auch von Martin Luther ausgesprochen worden. Das deutsche Volk wird sich von niemand mehr konfessionell gegeneinanderhetzen lassen. (Lärm rechts u. Rufe: "Ihr seid doch die konfessionellen Klassenkämpfer!" - Präsident Löbe erteilt verschiedene Ordnungsrufe.) Wir Zentrums männer lassen uns nicht mit der vergiftenden Formel von den "Reichsfeinden" treffen. Herr Dr.Döhring sollte sich lieber an der hehren Gestalt des alten Bodelschwingh orientieren, der für solche Dinge keine Zeit hatte.

Bei den weiteren gegen die Nationalsozialisten gerichteten Ausführungen des Redners kommt es wiederum zu lauten Kundgebungen der Nationalsozialisten. Präs. Löbe ersucht die Nationalsozialisten wiederholt, den Redner nicht zu überschreien. Als Abg. Joos die Wendung gegen die Nationalsozialisten gebraucht "Sie sind selbst daran schuld, wenn Sie jetzt an der Klagemauer stehen" kommen neue stürmische Rufe der Nationalsozialisten, Präsident Löbe weist nunmehr unter Hinweis auf seine wiederholten ergebnislosen Ruhemahnungen die nationalsozialistischen Abgg. Heines, Brückner, Koch-Ostpreussen und Vetter wegen Ordnungsstörung und Widersetzlichkeit aus dem Saale. Er erklärt, dass er anderen Ruhestörern, deren Namen er im Augenblick nicht feststellen könne, seine Ordnungsverfügungen nachträglich übermitteln werde. (lebh.Beifall b.d.Mehrheit).

Abg. Joos: (Ztr.) schliesst mit den Worten: Es gibt auch einen politischen Hochmut, der vor dem Falle kommt. Das werden die Nationalsozialisten bald erfahren. (lebh.Beifall i.Ztr.)

Abg. Dingeldey (D.Vp.) :Ich begrüsse es, dass durch die falschen Gerüchte über Staatsstreichabsichten unserer Partei die Debatte in Fluss gebracht worden ist über die Frage, ob nicht durch Abkehr von einem überspitzten Parlamentarismus nach besseren Auswegen aus der jetzigen Krise gesucht werden könnte. Das Versagen des Parlaments wird erst lebensgefährlich, wenn die verantwortlichen Staatslenker daraus keine Folgerungen ziehen. Wir freuen uns über die Erklärung des Reichskanzlers, dass er den Etat mit parlamentarischen Mitteln verabschieden will. Wir richten aber an die Regierung die Mahnung, sich nun auch der Möglichkeiten bewusst zu sein, die die Verfassung der Staatsführung in die Hand gibt, falls das Parlament vor einer so entscheidenden Aufgabe versagen sollte. Der geschichtstreue Mensch, den Dr. Döhring gestern als das Ideal hinstellte, ist doch nicht der, der immer nur nach rückwärts blickt. Der deutschnationale Führer Hugenberg hätte es in der Hand gehabt, damals als die Deutschnationalen die Macht hatten, dem System, dem sie heute den Kampf anzusagen, durch eine verständige, verantwortungsbewusste Führung und Zusammenarbeit mit anderen verantwortungsbewussten Kräften die Wendung zu geben, die längst eingetreten wäre, wenn die Deutschnationalen damals nicht die Flucht in die Verantwortungslosigkeit angetreten hätten. Die deutsche Wirtschaftskrise ist, wenn nicht verursacht, so mindestens verschärft durch das Unverständnis unserer ausländischen Vertragsgegner. Wir kämpfen gegen die drückende Last dieser Verträge, aber dieser Kampf ist schwer und sein Erfolg leidet darunter, wenn wir unsere ganze Energie in den Dienst der Aufgabe stellen, den Schuldigen unter uns zu suchen. Das ist der grosse Fehler der Nationalsozialisten. Ihre Bewegung die durch eine gewaltige Gefühlswelle in die Höhe gehoben worden ist, wird ihre Bewährung erst dann beweisen können, wenn es ihr gelingt, die Gefühlswerte, denen sie ihren Aufschwung verdankt, umzuschmelzen zu wirklich staatspolitischen Werten. (Lachen bei den Nationalsozialisten).

Wenn Sie die Macht haben wollen, dann müssen Sie vorher dem deutschen Volke sagen, wie Sie die Sache zu machen gedenken. Wir freuen uns der Versicherung des Reichskanzlers, dass er weitere Ersparnisse machen will. Reich und Staat können sich eine Schuldenvermehrung und Steuervermehrung nicht leisten. Die Ersparnisse sind möglich, ohne dass die Rechtstitel der Beamtenschaft und die Titel anderer Personalbezüge aufs neue berührt werden müssen.

Abg. Simpfendörfer (Christl. Volksdienst) gibt eine Erklärung ab, in der es heisst: Wir sehen in dem Leiter des gegenwärtigen Kabinetts nicht den Exponenten einer Partei oder einer Koalition. Unsere Stellung zum Kabinett Brüning wird dadurch bestimmt, dass es die politische Krise erkennt und in seinen Handlungen einer Politik der Strasse und der Verantwortungslosigkeit eine Politik der Autorität und des stärksten Verantwortungsbewusstseins entgegenstellt. Wenn das Kabinett Brüning weiterhin auf unsere Unterstützung rechnen will, dann muss es gegen alle Widerstände auf diesem Wege weiterschreiten, bis die Autorität der Staatsgewalt wieder gesichert ist. Wir werden daher auch alle Massnahmen unterstützen, die geeignet sind, die Arbeitsfähigkeit des Reichstags sicherzustellen und seine Würde zu heben.

Abg. Mollath (W.P.) betont, dass die Kanzlerrede am Donnerstag zehn Jahre zu spät gehalten worden sei. Wenn man die Warnungen der Wirtschaftspartei früher gehört hätte, wäre Deutschland die gegenwärtige furchtbare Situation erspart geblieben. Die offensichtliche Sützung des Kabinetts Brüning durch die Sozialdemokraten zeige allerdings, dass die Erkenntnis noch nicht Platz gegriffen habe. Sie mahne vielmehr zur grössten Vorsicht und unterstreiche das Misstrauen der Wirtschaftspartei. Gleichzeitig müsse man aber auch den rechtsstehenden Parteien in aller Öffentlichkeit den Vorwurf machen, dass sie durch ihre sture Oppositionsstellung den anderen nationalen Parteien den Weg zu einer praktischen Mitarbeit verrammeln.

Abg. Dr. Pflieger (Bayr. Vp.): Wir begrüssen die Erklärung des Reichskanzlers, dass er bei der Erledigung dieses Etats nicht an die Anwendung des Art. 48 denkt. Wir erwarten, dass die katastrophalen Wirkungen der letzten Reichstagsauflösung die Parteien veranlassen werden, mit allen Kräften an der rechtzeitigen parlamentarischen Verabschiedung des vorliegenden Etats zu arbeiten. Wir haben in der Kanzlerrede ein Eingehen auf das von Minister Dietrich angeschnittene Problem einer Lohnstützung zur Vermeidung von Arbeiterentlassungen vermisst. Leider hat der Kanzler auch nicht das Geheimnis gelüftet, wo und wie die angekündigten Ersparnisse gemacht werden sollen. Wir hoffen, dass man nicht einfach Reichsaufgaben auf die Länder und Gemeinden abschieben will. Von dem angekündigten Gesamthilfsplan für die Landwirtschaft erwarten wir, dass er sich nicht auf bestimmte Landesteile beschränkt. In die Osthilfe muss den früheren Zusagen gemäss auch das Gebiet der bayrischen Ostgrenze einbezogen werden. Der Redner tritt weiter ein für die bayrische Glasindustrie und Forstwirtschaft.

Als dann Abg. Dr. Mierendorff (Soz.) das Wort erhielt schickten sich die Hitlerianer an, den Saal zu verlassen. Schliesslich tritt soweit Ruhe ein, dass der Redner sich verständlich machen kann. Jetzt fordert er Dr. Goebbels auf, im Saal zu bleiben, und da Goebbels tags zuvor die Sozialdemokratische Partei angeklagt habe, nun auch die Anklage gegen ihn und seine Partei anzuhören. Aber Goebbels verlässt mit seinen Leuten den Saal; auch Mierendorffs Appell an seinen Mut hält ihn nicht zurück. Erst später finden sich wieder einige Nazis als Horch- und Schimpfposten im Saale ein.

Abg. Mierendorff führt aus: Nicht wir, sondern Goebbels und seine Partei gehören auf die Anklagebank. Aber das Verfahren kann auch in Abwesenheit der Angeklagten geführt werden. Goebbels hat uns beschuldigt, an dem angeblichen Bankrott des Systems schuld zu sein. Das haben die Nationalsozialisten hier schon seit Jahren immer wieder gesagt. Als Beweis führt Goebbels an, dass heute in Deutschland 5 Millionen Menschen hungern. Diese furchtbare Tatsache kön-

nen wir auch ohne Herrn Goebbels. Wenn er aber damit die Bilanz der 12 Jahre Republik gezogen haben will, dann frage ich, wo ist er 1918 gewesen? 1918 hungerte das ganze deutsche Volk. Goebbels wird damals allerdings dort gewesen sein, wo er auch 1914 und die folgenden Jahre war, nämlich sehr weit vom Schuss. Kein Messinggriff, kein Kupferkessel, keine Kirchenglocke war mehr in Deutschland, alles war zu Granaten und Zündern verarbeitet, alles in die Luft gepulvert. Damals hatte Deutschland die Bilanz eines Bankrotteurs. Raubbau ist getrieben worden am Boden, an den Maschinen in den Fabriken und auch an den Menschen, nicht nur an der Front, sondern auch in der Heimat. Die wirklichen Bankrotteure sitzen Herrn Goebbels in diesem Hause sehr nahe. Es ist wohl kein Zufall, dass Goebbels sich den Platz ausgerechnet neben dem Herrn Oldenburg von Januschau gewählt hat und zu seinen Füßen ausgerechnet Herr Hergt sitzt. (Sehr gut! links - Grosse Unruhe rechts)

Goebbels hat am allerwenigsten das Recht, den Ankläger zu spielen, denn wir wären viel weiter in der Wiederaufbauarbeit, wenn Goebbels und seine Anhänger mit gearbeitet hätten, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Die Kutscher waren ausgerückt nach Holland und nach Schweden - wir haben den Karren aus dem Dreck gezogen, Sie aber haben hinter dem Busch gesessen, Steine nach uns geworfen und Pflöcke in die Räder gesteckt. Das ist die Bilanz! (Zuruf rechts: Unverschämtheit sondergleichen.- Ordnungsruf) Bei den NS und den ihnen verwandten Parteien sitzen die Leute, die immer von Volksgemeinschaft getrieft aber niemals mitgearbeitet haben, wenn die wirkliche Volksgemeinschaft am Aufbau war. (Zuruf rechts: Die Volksgemeinschaft, die Sie meinen, die wollen wir nicht Sie meinten Geschäft, wir meinten Gemeinschaft.- Stürmische Gegenrufe links).

Goebbels hat behauptet, seine Partei hätte die angebliche Katastrophe von heute vorausgesagt. Aber die wirkliche Katastrophe hat die Sozialdemokratie schon vor Jahrzehnten vorausgesagt. An dieser Stelle hat im November 1911, ich glaube sogar am 9. November 1911 August Bebel gewarnt vor der Politik der herrschenden Klassen, zu denen Sie (nach rechts) doch gehört haben, gewarnt vor der Politik des Wettrüstens, und Bebel sprach:

"Hinter diesem Krieg steht der Massenbankrott, steht das Massenelend, steht die Massenarbeitslosigkeit, steht die grosse Hungersnot."

(Hört!Hört! bei den Soz.) Heute haben wir das alles, und da wollen Sie uns anklagen, etwa Sie, Herr Hugenberg? Das Stenogramm der Rede Bebel's verzeichnet nach den von mir wiederholten Worten: "Zuruf von rechts: Nach jedem Krieg wird es besser." (Stürmisches Hört!Hört! links) Das war die Antwort, die Sie (nach rechts) gegeben haben, wenn Sie, Herr Hugenberg, auch jetzt mit der Hand abwinken. (Lärm rechts) Es scheint, dass an den Bänken der Rechten, auf denen jetzt die NS und die Deutschnationalen sitzen, ein gewisser Geist haftet. (Andauern der Lärm rechts) Als ich noch gemeinsam mit Dr. Goebbels am Fusse des Heidelberger Schlosses in demselben Kolleg sass, zu Füßen des Professors Dr. Gundelfinger, da hat sich Herr Goebbels nicht mit den grossen politischen Fragen beschäftigt, sondern die Romantik studiert. (Heiterkeit links und in der Mitte) und seine Doktordissertation darüber gemacht. Ich glaube schon, dass er bei Dr. Gundelfinger recht viel gelernt hat. Ich schliesse das aus der geradezu orientalischen Sprachgewandtheit, die Dr. Goebbels gestern hier gezeigt hat. (Lebh. Heiterkeit links und in der Mitte.- Zuruf rechts: So eine Gemeinheit! - Neue Heiterkeit links). Orientieren Sie sich doch lieber über den Tatbestand.

Es wäre besser gewesen, wenn Goebbels damals nicht die Romantik, sondern Nationalökonomie studiert hätte. Dann wüsste er heute, dass es Unsinn ist, wenn er dem deutschen Volke weiss machen will, man könnte eine solche Wirtschaftskatastrophe, wie sie der Weltkrieg angerichtet hat, mit solchem Hokuspokus beheben, wie es die NS wollen. Sie machen Ihr Hakenkreuz auf jeden Bierfilz

und jeden Türpfosten, sie heben beschwörend die Hände. Glauben Sie, damit den bösen Geist, der die Wirtschaft heimsucht, aus Deutschland bannen zu können? Mit solchen Tausendkünsten und solchen Naturheilverfahren, wie Hitler es einführen will, ist nichts dagegen zu machen. Eines hat Goebbels gesagt, was ich als Kriegsteilnehmer ganz besonders zurückweisen muss. Er hat wieder einmal im Namen der Jugend gesprochen, die angeblich hinter seiner Partei stehe. Er hat sogar das Wort umgedreht, dass wer die Jugend, der auch die Zukunft hat. Mit der Selbstüberhebung hat er das getan, die ja in Deutschland gemeinhin als ihr äusseres Zeichen das Hakenkreuz trägt. (Sehr gut! links und i.d. Mitte) Nach seiner Rede bekam Goebbels vor allem den Beifall und den Glückwunsch des Herrn von Oldenburg=Januschau. Das scheint uns ein Symptom zu sein. Nicht der Jugend hat Goebbels aus dem Herzen gesprochen, sondern der ostelbischen Reaktion, und nicht für die Zukunft Deutschlands, sondern für die finsterste preussische Vergangenheit. (Stürmischer Beifall links, Lärm rechts). Es ist ein romantischer Irrtum des Herrn Goebbels, dass das deutsche Volk hinter den NS stehe. Dieser wüste Heerhaufen von wildgewordenen Kleinbürgern und solchen, die es werden wollen, dieser Haufe, in dem vielleicht Herr von Oldenburg die Rolle des Götz von Berlichingen spielen will - der soll das deutsche Volk sein? Nein, das deutsche Volk steht in unserem Lager, im Lager der deutschen Demokratie steht die deutsche Arbeiterschaft, stehen die Angestellten und die Bauern, und in diesem Lager werden und müssen sie immer stehen, wenn Deutschland nicht zugrunde gehen soll. (Stürm. Beifall links, grosser Lärm rechts). Nicht dafür haben wir Kriegsteilnehmer 4 Jahre lang unseren Kopf hingehalten, dass Deutschland nationalsozialistisch regiert werde, nicht dafür sind wir 1914 bis 1918 im Schützengraben gewesen, dass aus Deutschland wieder ein Kasernenhof gemacht wird, in dem Herr von Oldenburg das Kommando führt. Nicht dafür sind wir 1918 in die Bresche gesprungen und haben die deutsche Einheit gesichert, dass die NS Deutschland beherrschen, und nicht dafür sind unsere Kameraden gefallen. Es ist eine Anmassung sondergleichen, wenn die NS sich erlauben, alle Kriegsteilnehmer und alle Gefallenen für sich zu beanspruchen. Das wäre ja noch schöner, wenn Goebbels von unseren Gefallenen sagen dürfte, sie seien gefallen für sein nationalsoziales Reich! Wir halten an unserem Ideal eines freien demokratischen und sozialistischen Deutschlands fest, und die Millionen draussen in ihrem wunderbaren Abwehrkampf gegen die NS, die stehen fest zu uns, wie damals an der Front wir zusammen standen, und diese Massen sind bessere Testamentsvollstrecker der Gefallenen, als die Herren vom Hakenkreuz. (Andauernder grosser Lärm rechts). Wir werden für dieses Ideal kämpfen und dafür, dass alle Frontsoldaten erkennen, dass sie zu uns gehören, wir werden diesen Kampf ins Uebermenschliche steigern. (Stürm. Beif. der Soz.-Gr. Lärm rechts. - Schimpfrufe der NS, wofür Abg. Buch (NS) zwei Ordnungsrufe erhält, da er u.a. den Redner, als dieser sich als Frontkämpfer bezeichnete, "Grossmaul" genannt hat.)

Abg. Stöhr (NS) beantragt um 19 $\frac{1}{4}$ Uhr, die Beratung abzubrechen. Präsident Löbe: Wir hatten die Absicht, bis 20 Uhr zu tagen, könnten also noch einen oder zwei Redner hören. - Die NS widersprechen, bestehen aber nicht auf der aussichtslosen Abstimmung über den Antrag Stöhr, sondern verlassen den Saal. Stöhr sieht diesem Vorgang ganz verstört zu.

Präsident Löbe stellt nun fest, was die NS mit ihrem Auszug ja herbeiführen wollten, dass nämlich das Haus nicht mehr beschlussfähig ist. (Die Bänke der Kommunisten sind seit Stunden leer). Im Anschluss an diese Feststellung verweist der Präsident darauf, dass er somit Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen habe. Er setzte die nächste Sitzung für Sonnabend 12 Uhr an mit der Tagesordnung: Rest der innerpolitischen Debatte und Abstimmungen, Anträge über die Reform der Geschäftsordnung, wofür der Präsident zugleich eine Redezeit von einer halben Stunde für jede Fraktion festsetzt,